

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 1-2011



THEMA EUROPAS RECHTE GEGEN DIE UNTERSCHICHTEN

IHR KAMPF

MIT BEITRÄGEN VON GERD WIEGEL, BERNARD SCHMID, SVEN SCHÖNFELDER, JOHANNES KIESS U. A. / PETRA PAU IM INTERVIEW

RÜCKBLICK LESEREISE ZUR NAZIGESCHICHTE DES AUSSENAMTS

ANALYSE «SPARPAKET» NUTZT NUR DEN WOHLHABENDEN

INTERNATIONALES VOR ORT IN INDIEN UND SÜDOSTEUROPA

STIFTUNG MITGLIEDER BESCHLIESSEN HAUPTLINIEN BIS 2015



EDITORIAL 3

RÜCKBLICK

Lesereise mit Moshe Zimmermann durch neun Städte	4
Tagung zu Mobilität und Krise in Stuttgart	5
Nachhaltigkeitskonferenz «Power to the People» in Berlin	6
Podiumsgespräch in Leipzig über Geschlechterverhältnisse	8
Diskussion zur europäischen Sicherheitspolitik in Berlin	8
Linke Medienakademie in Berlin	9

AUSBLICK

Luxemburg-Briefe auf Englisch – Präsentation in New York	10
Tagung zu Arbeitsgesetzgebung und Grundrechten in Potsdam	12

ANALYSE

Von unten nach oben – «Sparpaket» und Umverteilung	13
Nur Bahnhof verstanden – Zu den S21-Protesten	14
Grüne Höhenflüge – Ex-Ökopartei im Umfragehoch	16

THEMA IHR KAMPF

Gerd Wiegel zur Resonanz auf die Sarrazin-Thesen	17
Sven Schönfelder über Rechtspopulisten in Europa	19
Moritz Altenried zum rassistischen Diskurs um «Integration»	21
Hannah Schultes über ausgrenzende Sprache in den Medien	21
R. Claus/E. Lehnert/Y. Müller über das rechte Männerbild	22
«Es regiert die Lüge» – Petra Pau im Interview	23
Johannes Kiess zu rechtsextremen Einstellungen	24
Bernard Schmid über die Front National-Chefin Le Pen	25

STUDIENWERK

Ferienakademie findet zwei Mal im Jahr statt	27
Kolleg-Tagung zu Demokratie und Kapitalismus in Düsseldorf	28

INTERNATIONALES

Diskussion um die Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten	29
Stiftung nimmt Arbeit in Südosteuropa auf	30
Konferenz-Kooperation mit Forschungsinstitut in Kairo	31
Auslandsbüro in Neu-Delhi eröffnet	31

STIFTUNG

Festakt mit 250 Gästen zum 20-jährigen Bestehen	32
Mitgliederversammlung beschließt Hauptlinien bis 2015	33

LESESWERT

Neuerscheinungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	34
--	----



Heinz Vietze

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

fast jeden Tag lesen, hören oder sehen wir neue Schlagzeilen und Aufmacher, die uns Feindbilder vermitteln sollen. Mal sind es angeblich integrationsunwillige MigrantInnen, mal vermeintlich lernfaule und herumlungernde Jugendliche, und nicht zuletzt wird uns suggeriert, dass die in Deutschland lebenden Muslime den Untergang des Abendlandes verkörpern. So sprach der neue Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) noch vor Amtsantritt davon, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Damit löste er Beifall in der rechten Ecke der Gesellschaft aus, aber eben nicht nur dort. Spätestens seit Sarrazins aggressiven Thesen ist nämlich klar: Auch die Mitte der Gesellschaft ist anfällig für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Zu intensiv war die Unterstützung aus den gut bürgerlichen Kreisen, zu vehement waren die Erklärungen aus Teilen der Wissenschaft, wonach Deutschland ein Integrationsproblem habe, an dem hauptsächlich die MigrantInnen selbst Schuld seien.

Die Grenzen zwischen offen neonazistischen Positionen und stillem Beifall für Ab- und Ausgrenzung sind fließend. Doch anstelle sich der Ursachen für die sozialen und ökonomischen Bedrohungsängste in der Bevölkerung anzunehmen, spielt die Politik nicht selten mit diesem Problem. Bewusst werden herrschende Vorurteile und Klischees aufgegriffen, um damit Zuspruch zu ernten und WählerInnenstimmen einzufahren. Das Schlagwort lautet «Rechtspopulismus», eine Form der Agitation, die sich in der Grauzone zwischen demokratischen und klar menschenfeindlichen Positionen bewegt. Die aktuelle RosaLux wendet sich diesen alarmierenden Entwicklungen auf ihren Thema-Seiten zu. Ab Seite 17 erklärt Gerd Wiegel, inwieweit in Deutschland eine Partei rechts der CDU/CSU Chancen auf politischen Erfolg hätte. Dass vorurteilsbehaftete Strategien insbesondere gegen Menschen mit muslimischem Glauben in europäischen Ländern seit Jahren gesellschaftliche Akzeptanz besitzen,

zeigt Sven Schönfelder. Die Rolle der Medien in diesem Prozess untersucht Hannah Schultes in ihrem Beitrag. Wie sehr das patriarchale Rollenverständnis auch in einem scheinbar modernen rechten Milieu verankert ist, zeigen Robert Claus, Esther Lehnert und Yves Müller. Im Interview sagt Petra Pau, dass es Auswege aus dem rechten Mainstream nur mit einer funktionierenden Zivilgesellschaft geben könne, in der DIE LINKE aktiv sein und die Demokratie- mit der sozialen Frage verbinden müsse.

Wie immer informiert die RosaLux auch über Entwicklungen in der Stiftung. So wurden auf der Mitgliederversammlung des Stiftungsvereins im November 2010 drei zentrale Projekte beschlossen, die in den nächsten Jahren besondere Relevanz in der Bildungsarbeit haben sollen. Denn aus der veränderten Stellung der LINKEN ergeben sich auch neue Herausforderungen an die parteinahe Bildungseinrichtung. Das betrifft die Qualität der Analyse gesellschaftlicher Prozesse und die Formulierung praktikabler Alternativen für die Umgestaltung der Gesellschaft (Seite 33). Zentrales Element der Stiftungsarbeit bleibt die Geschichtspolitik – wie die Lesereise mit dem Historiker Moshe Zimmermann zur Studie «Das Amt und die Vergangenheit» zeigt. Neun Landesstiftungen in Ost und West haben dabei eine beeindruckende Veranstaltungsreihe umgesetzt, die über 1.100 BesucherInnen anlockte (Seite 4). In diesem Heft finden sich zudem Berichte über zwei Großkonferenzen in Stuttgart und Berlin, die jüngste Linke Medienakademie, die Aktivitäten im internationalen Kontext sowie Projekte des Studienwerkes. Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine aufschlussreiche Lektüre und viele Erkenntnisse.

HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

FÜR DIE THEMA-STRECKE «Ihr Kampf – Europas Rechte gegen die Unterschichten» ab Seite 17 hat sich die Redaktion – mit Ausnahme des Interviews – zu einem Kontrast zwischen Bildern und Texten entschieden. Die Wortbeiträge gehen auf rechte Protagonisten ein und analysieren Ursachen sowie Auswirkungen ihrer Politik – die Fotos zeigen dagegen exemplarisch ein Feindbild der Rechten: Junge Roma, die geduldet in der Bundesrepublik leben oder von den deutschen Behörden in das Kosovo abgeschoben wurden. Die Porträtbilder hat der Berliner Fotograf Nihad Nino Pušija aufgenommen. Sie sowie das Foto auf Seite 2 gehören zu seinem Fotoprojekt «Duldung Deluxe», das durch die Allianz Kulturstiftung unterstützt wurde und im European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin zu sehen ist.



Kleine Synagoge in Erfurt: Der Historiker Moshe Zimmermann berichtet über die NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes

HOLGER POLITT

ES GING EINFACH WEITER

LESEREISE ZUR STUDIE «DAS AMT» ZIEHT BUNDESWEIT ÜBER 1.100 ZUHÖRERINNEN AN

Im Jahr 2005 wurde eine Überprüfung anberaumt für eine deutsche Behörde, die sich selbst für wichtig zu halten und dementsprechend zu benehmen weiß. Das Auswärtige Amt stellte sich einer unabhängigen Historikerkommission – obwohl es vor allem um die Zeit des Nationalsozialismus ging.

Bevor die Historiker aus Deutschland, den USA und Israel an umfangreiches Quellenmaterial herandriften, hatte der seinerzeit zuständige Außenminister Fischer stutzen müssen – wurden doch in Nachrufen aus seinem Hause noch immer Leute geehrt, die an exponierter Stelle tief in Deutschlands braune Vergangenheit verstrickt waren. Der Behördenchef mochte das nicht hinnehmen. Den Historikern wurde freier Zugang zu den Akten und Freiheit der Forschung garantiert. Ein Buch entstand, das im Herbst 2010 die Aktenlage nachlesbar zugänglich machte. Das Bild ist eindeutig: Das Auswärtige Amt war in der NS-Zeit tief verstrickt in Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es war Teil des Europa und andere Weltteile mit Krieg, Verwüstung und Massenmord überziehenden Machtapparates des Hitlerstaats.

Anfang dieses Jahres machte sich der Mitautor der Studie, der israelische Historiker Moshe Zimmermann, mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf, um in Deutschland seine Leser zu treffen. Im Januar waren es sechs Orte, im Februar drei weitere. Das Interesse war groß. Von Kiel bis Kassel, von Hannover bis Erfurt – insgesamt kamen mehr als 1.100 Zuhörerinnen und Zuhörer zu den Vorträgen. Zimmermann geizte nicht mit klaren Aussagen, die an Ausgewogenheit des Urteils und Seriosität der Fakten nichts zu

wünschen übrig ließen. Bereits der Titel des Buches nennt die Sache beim Namen: «Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomatinnen im Dritten Reich und in der Bundesrepublik.» Keiner der Forscher war überrascht über das Ausmaß der Verstrickungen in der Hitlerzeit, die Dokumente bestätigten das vorliegende Wissen: Bis auf wenige Ausnahmen waren die Ministerialbeamten bereitwillige Erfüllungsgehilfen im Räderwerk von Krieg und Vernichtung. Als die Hitlerleute noch herumrätselten, wie sie die «Judenfrage» in Deutschland lösen sollten, waren es AA-Beamte, die – wie Moshe Zimmermann es auf den Punkt brachte – bereits «Bescheid wussten». Ihnen war längst klargeworden, dass die «Judenfrage» – wenn überhaupt – nur in europäischer Perspektive lösbar sei, und sie boten nach Kriegsbeginn bis fast zum bitteren Ende ihre genauen Kenntnisse vor Ort an, um effektive «Gesamtlösungen» in den okkupierten Ländern und eroberten Gebieten zu ermöglichen.

Zu den wenigen Ausnahmen gehören zwei Vorgänge, die wegen ihres außergewöhnlichen Charakters erwähnt gehören, auch weil sie zeigen, welche Gewissensentscheidungen deutsche Diplomaten unter dem Hakenkreuz treffen konnten. Im besetzten Dänemark informierte ein Beamter der deutschen Vertretung in Kopenhagen die dänische Widerstandsstruktur rechtzeitig über die geplante Deportation von knapp 7.000 Menschen jüdischer Herkunft. Fast alle wurden gerettet, weil sie sich in Kopenhagen und anderswo bei Mitbürgern verstecken konnten und über Nacht mit Fischerbooten ins sichere Schweden gebracht wurden. Unter den Geretteten war auch der deutsche Jude Fritz Bauer, der spätere Generalstaatsan-

walt im Bundesland Hessen. In Budapest gelang es einem schweizerischen Botschaftsangestellten mit unmittelbarer Hilfe des deutschen Botschaftsgesandten, 50.000 Menschen vor der drohenden Deportation nach Auschwitz zu retten. Sie wurden in 30 durch die schweizerische Botschaft angemieteten Häusern versteckt vor den Terrortruppen der ungarischen Pfeilkreuzler-Regierung von Hitlers Gnaden. Das Bravourstück des deutschen Beamten bestand darin, zum Schutz der Häuser mit Erfolg ungarische Polizisten eingesetzt zu haben. Die Regel nach 1945 sah indes so aus, dass dem in Nürnberg gehenkten Minister Ribbentrop abgeschworen wurde, so als ob er von Anfang an zusammen mit einigen wenigen Günstlingen ein Fremdkörper im Fleische der untadeligen Amtsstruktur gewesen wäre. Und es wurden Netzwerke gesucht, um zunächst erfolgreich unterzutauchen und sich möglichst zu schonen für neuerliche Karrieren. Die Chancen dazu kamen und wurden genutzt, auch weil der Kalte Krieg die einstigen Alliierten gegen Hitler in Ost und West fast restlos entzweite. Dieser Teil der Aktensichtung bietet große Überraschungen, fesselt auch als Lesestoff. Die Resonanz, auf die Moshe Zimmermann während seiner Lesereise stieß, hat vor allem mit diesem Abschnitt zu tun, da er viel unmittelbarer das eigene Gemeinwesen zu treffen scheint. Auch alle kritischen Bemerkungen zum Buch meinen meistens diesen Teil, denn an der Faktenlage bis 1945 kann kaum noch gerüttelt werden.

Auch deshalb soll eine Randfigur genannt werden, die im Buch nur nebenbei an zwei kurzen Stellen Erwähnung findet. Hans Adolf

Moltke brachte es unter Hitler zum Botschafter in Warschau und Madrid. Als Botschafter in Warschau wollte er 1939 den Vertretern der Weltpresse weismachen, dass Polen den Zweiten Weltkrieg angefangen habe und der eigentlich Schuldige an der entstandenen Situation in Europa sei – obwohl Hitler ohne vorherige Kriegserklärung den Überfall auf das Nachbarland befohlen hatte. Als Moltke später Diplomat in Franco-Spanien war und es um die Frage ging, was mit den spanischen Juden zu geschehen habe, die sich in Deutschland und dessen Machtbereich aufhielten, machte er seinen Gesprächspartnern in Madrid klar, es gäbe nur zwei Lösungen: Entweder die jüdischen Bürger «heimzuschaffen», wie es im Amtsjargon hieß, oder aber zu akzeptieren, dass ansonsten nur «ihre Unterwerfung unter die allgemein geltenden Bestimmungen» in Frage käme.

Noch im Sommer 2009 hing das Konterfei des Botschafters a.D. Moltke in der Bibliothek der nagelneuen Deutschen Botschaft zu Warschau. Kein noch so kleiner Platz fand sich übrigens für den ersten deutschen Botschafter, der nach dem Krieg in Warschau sein Amt aufnahm, für Friedrich Wolf, einen deutschen Juden und entschiedenen Hitlergegner. Der weltbekannte Schriftsteller wurde im Herbst 1949 der erste Botschafter der DDR. Die Lesereise von Moshe Zimmermann ist dokumentiert unter <http://www.rosalux.de/zeitgeschichte/specials/das-amt-und-die-vergangenheit.html>.

HOLGER POLITT IST REFERENT FÜR GESCHICHTSPOLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

RAINER RILLING

LEHREN AUS DEM AUTOWAHN

STUTTGARTER TAGUNG SAMMELT BAUSTEINE FÜR ALTERNATIVES MOBILITÄTSSYSTEM

Das politische Alltagsgeschäft ist immer und überall überambitiös und daher unvermeidlich von Depressionen begleitet. Leider hat die politische Bildung bislang wenige Hilfen hervorgebracht, wie man diese wieder los wird.

So war es auch mit der mit 400 TeilnehmerInnen gut besuchten internationalen Tagung «Auto.Mobil.Krise.», die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Bundestagsfraktion der LINKEN gemeinsam mit TIE/Netzwerk Auto, dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac und der Fraktionsgemeinschaft Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)/DIE LINKE im örtlichen Gemeinderat Ende Oktober 2010 in Stuttgart organisiert wurde. Auch nach der Konferenz steigen die globalen Verkäufe und Profitraten der Automobilindustrie, gedeiht ihr ökologischer Fußabdruck, ist der Autokult nicht merklich demoliert und wurden die avisierten 2.000 Parkplätze der S21-Immobilie nicht gestrichen. Die gemeinsame Pressekonferenz von Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) und Daimler-Chef Dieter Zetsche zum lange erwarteten Konversionsprogramm ist ebenfalls ausgeblieben.

Dass der Teilnehmeranteil autointeressierter Männer bei der Tagung unter die 90-Prozent-Grenze gedrückt werden konnte, ließ nicht wirklich uneingeschränkte Freude aufkommen. Doch um welche Ziele und Maßstäbe geht es eigentlich? Wenn überall die politische Eventkultur des Großereignisses immer dominanter wird, sind realistische Zielstellungen, Sichtbarkeit, Themen-Setting, Nachhaltigkeit und Lernprozesse wesentliche Kriterien für den damit verbun-

denen hohen Ressourceneinsatz. Auch die «Autotagung» als die zumindest finanziell anspruchsvollste Unternehmung der Stiftung in diesem Jahr muss sich daran messen lassen: Waren politische Ziele definiert und realistisch? War die Veranstaltung in der Linken und darüber hinaus sichtbar? Welche themenpolitischen Ziele wurden verfolgt? Welche Folgen hatte die Tagung – und sind Teilnehmer wie Organisatoren und Institutionen aus dem Ereignis klüger hervorgegangen?

Tatsächlich war die Konferenz in mehrfacher Hinsicht lehrreich. Es gelang über einen Zeitraum von fast zwei Jahren, eine regelmäßige Kooperation zwischen den Initiatoren aufzubauen – eine Kerngruppe aus der Stiftung, der Bundestagsfraktion und TIE –, über die inhaltliche Positionen, politische Schwerpunkte und die Aufteilung materieller Ressourcen geklärt und im Konsens entschieden wurden. Solche Kooperations- und Abstimmungsprozesse sind bislang eher unüblich. Sie gelangen, weil die Beteiligten unterschiedliche und je eigene Ressourcen und Kompetenzen einbringen konnten: politische und wissenschaftliche Kontakte, Geld, Organisationskraft, internationale Zugänge. Und gegenseitig Transparenz und Vertrauen existierten oder aufgebaut werden konnten. Die Kommunikationsdichte war hoch. Eine interne elektronische Arbeitsplattform (Mixxt) unterstützte die Startphase. Sie wurde dann vollständig von operativen Medien wie E-Mail und Mobiltelefon abgelöst – die E-Mail-Bilanz war am Ende fünfstellig. Der Zuwachs an Organisationsaufgaben führte dazu, dass in den letzten zwei Monaten vor der Konferenz vier

Kollegen der Stiftung ausschließlich mit der Tagung befasst waren. Zugleich war zu diesem Zeitpunkt klar, dass es bei vielen Teilnehmern eine Motivation zu ehrenamtlichem Engagement jenseits der umfangreichen Organisationsaufgaben gab, die sich anfangs nicht abschätzen ließ. Nur so konnten unerwartete und kritische Situationen gemeistert werden, wie etwa die kurzfristige Verlegung des Tagungsorts in andere Räume, da das Stuttgarter Rathaus aufgrund der «Schlichtung» zu S21 nicht mehr zur Verfügung stand, oder ein neuer Ablauf, um auf die Verlegung der Stuttgarter Samstagsdemonstration reagieren zu können.

Weder der Kreis der ReferentInnen noch die TeilnehmerInnen waren auf die Region Stuttgart beschränkt, viele nahmen auf eigene Kosten an der Tagung teil. Diese hatte offenbar einen großen Diskussionsraum geschaffen, in dem sich (nicht nur) Linke aus Betrieben, Gewerkschaften, dem ökologischen und akademischen Bereich, der Politik, der Region, aus dem In- und Ausland erstmals treffen konnten. Kontaktvielfalt ist eine Besonderheit großer Tagungen, die nicht hoch genug geschätzt werden kann – wenn sie keine Eintagsfliege bleibt. Erreicht werden kann sie aber nur, wenn ein Projekt hohe Sichtbarkeit in den Medien, den vorbereitenden und potenziell interessierten Organisationen und Institutionen und informellen Arbeitszusammenhängen erreicht. Im konkreten Fall waren Stiftung und zum Teil auch die LINKEN weitgehend Newcomer und mussten sich Zugänge zu thematisch und politisch einschlägigen Personen, Medien, Öffentlichkeiten und Organisationen erst schaffen – was nur teilweise gelang. Die strukturelle Schwäche konnte durch einen aufwändigen Einsatz von Zeitschriften, Flyern, Policy Papers, Anzeigen, des umfangreichen Tagungsblogs sowie durch Medienpartnerschaften, Texte in linken Medien, vorbereitende Tagungen und

zahlreiche Kontakte mit Schlüsselpersonen zu einem guten Teil ausgeglichen werden. Sichtbarkeit aus eigener Kraft zu produzieren und Interesse zu wecken ist auch einem Neuling möglich – aber ein harter Job. Eine unmittelbare Aufrechterhaltung und Stabilisierung solcher Sichtbarkeit als «Spieler» mit einem eigenen Profil in einem neuen Feld ist fast unmöglich. Entscheidend ist, ob es gelingt, auf niedrigem Niveau kontaktpolitische Netzwerkeffekte umzusetzen in eine dauerhafte, organisierte Kooperation, was im Vergleich nur geringen, aber kontinuierlichen Aufwand erfordert.

Und die Inhalte? Um die stand es nicht schlecht. Dass eine große Vielfalt an Themen geboten wurde, war keine Verzettlung, sondern ein Gewinn an Orientierung und Verständigung, zumal sie gebündelt wurde in drei zentralen politisch-inhaltlichen Debatten, in Streitgesprächen und öffentlichen, problembezogenen Beratungen. Sehr unterschiedliche Interessen und Erfahrungen wurden zusammengebracht, und in der langen Vorbereitungsphase entstanden nicht selten hochwertige Analysen und Positionen, die zukünftig in der Themenprofilierung der Stiftung eine Rolle spielen werden. Noch konnten sie nicht in einheitliche linke Positionen umgesetzt werden, die für ein strategisches linkes Transformationskonzept des Transport- und Mobilitätssystems stehen können. Aber es gibt Bausteine. Beim notwendigen Aufbau einer politischen Allianz für eine solidarische Mobilität – die durch die Tagung ein Stück wirklichkeitsnäher geworden ist – kann dieses Wissen gut eingebracht werden. Das ist eine ganze Menge wert. Informationen zur Tagung und begleitende Materialien gibt es unter www.rosalux.de/event/41066/automobilkrise.html.

RAINER RILLING IST REFERENT FÜR KAPITALISMUSANALYSE UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

HENNING HEINE

ENERGIE FÜR DIE ZUKUNFT

KONFERENZ DEBATTIERT ÜBER NACHHALTIGKEIT UND SOZIALÖKOLOGISCHEN UMBAU

WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und AktivistInnen haben Anfang Oktober in Berlin über eine zukunftsfähige Energiepolitik debattiert. Dabei ging es auch um linke Gegenkonzepte zum Energieplan der schwarz-gelben Bundesregierung.

An der Konferenz «Power to the People – Neue Energie für linke Alternativen» beteiligten sich mehr als 50 Expertinnen und Experten aus neun Ländern. Rund 250 Zuhörende verfolgten die Vorträge und Diskussionen an drei Tagen. Eine kritische Bestandsaufnahme des herrschenden Energieregimes bildete den Auftakt. Mehrere Rednerinnen und Redner plädierten für eine radikale ökologische Wende. Auch die Partei DIE LINKE müsse ihr Profil dahingehend schärfen, hieß es. Der Träger des alternativen Nobelpreises und SPD-Bundestagsabgeordnete, Hermann Scheer, prangerte die herrschende Energiedebatte als «vordergründig» und «verlogen» an. Deren Protagonisten verschleierte bei der Diskussion um Märkte und Preise, dass die Produktionskosten für Energie aus Kohle, Öl und Atomkraft sowie deren Verbrauch horrend seien. «Die ökonomische Wahrheit wird nicht gesagt.» Die einzigen Gewinner etwa beim Öl seien die Förderstaaten und die transnationalen Konzerne. Aufgrund des weltweiten Energiehungers herrsche international ein «absolut zyni-

sches System», das zu Ressourcenkriegen wie etwa auf der arabischen Halbinsel und im Sudan geführt habe. «Die Fratze der zivilisierten Welt ist die Ressourcenausbeutung – maskiert vom Eintreten für Demokratie und Menschenrechte.» Nötig sei ein beschleunigter Systemwechsel hin zu hundert Prozent erneuerbaren Energien und dezentraler Versorgung. Dadurch sei die Überwindung von weltweiter Ungleichheit möglich. Zugleich komme ein Umstieg einem milliardenschweren «sozialen Wirtschaftsprogramm» vor allem auf kommunaler und regionaler Eben gleich. «Nur die solaren Energien verdienen auch den Namen «sozial», so Scheer. Sie seien linke Energiequellen – «nur haben das noch nicht alle Linken erkannt.» Politisch müsse es darum gehen, den erneuerbaren Energien einen Vorrang auf den Märkten – etwa durch Steuerfreiheit – und bei der Bauleitplanung zu sichern. Der Chef der LINKEN im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und frühere Landesumweltminister, Wolfgang Methling, sprach sich gegen die Kohlendioxidverpressung aus. «Die CCS-Technologie ist eine Sackgasse», sagte er. Es lohne nicht, auch nur einen Cent in dieses Verfahren zu investieren. «Der Kampf um die Energien der Zukunft ist in aller Schärfe entbrannt», sagte die Direktorin der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Evelin Wittich. Mit der Verlängerung der



TeilnehmerInnen der Konferenz «Power to the People» in Berlin verfolgen die Eröffnungsrede des SPD-Politikers Hermann Scheer

Laufzeiten der Atomkraftwerke stelle sich die herrschende Politik selbst zur Disposition. Linke Alternativen müssten auf kollektive Selbstorganisation, individuelle Nachfragemacht und politische Regulierung setzen. Die ökologische Krise sei eine existenzielle Gefahr für die Gesellschaften der Gegenwart. Klimawandel, Artensterben und Ressourcenknappheit bewiesen das. «Es muss uns um eine vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien gehen – zu bezahlbaren Preisen für alle und in den Händen derjenigen, die sie produzieren und nutzen», forderte Wittich.

Anschließend debattierten der Friedensforscher Pablo Romo aus Mexiko und der Politologe Ulrich Brand von der Universität Wien mit der energiepolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Dorothee Menzner, und Klimaaktivistin Mona Bricke von Gegenstrom Berlin über Auswege aus dem fossilen Kapitalismus. Globale Auswirkungen sowie regionale Energiestrategien etwa in China und Lateinamerika waren Themen am zweiten Konferenztag. Dabei ging es auch um Konturen eines radikal-realpolitischen Energieszenarios. Debatten drehten sich um das Festhalten an Kohle und Erdöl, den Green New Deal und die wachsende Bedeutung von Agrokraftstoff sowie den Zusammenhang von Energie- und Sicherheitsfragen. Zu den ReferentInnen gehörten der Energieforscher Zhang Guansheng von der Nationalen Kommission für Energieeinsparungen Chinas, Christoph Görg vom Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle und der Geograf und Konfliktforscher Jürgen Scheffran von der Universität Hamburg. Zudem sprachen Jürgen Wagner und Christina Haydt von der Informationsstelle Militarisierung sowie die TV-Journalistin Laura Chinchilla aus Costa Rica. Aktivistinnen und Aktivisten schilderten die Lage in Nigeria, Tansania, Kasachstan, Kolumbien und

Brasilien. Der dritte Tag stand im Zeichen energiepolitischer Debatten in der Bundesrepublik, des Strukturwandels durch erneuerbare Energien und einer möglichen rot-grün-roten Allianz bei der sozialen Energiepolitik. Wolfgang Methling betonte die Machbarkeit einer komplett erneuerbaren und sozialen Energieversorgung. Über energiepolitische Pläne für das Land Berlin sprachen Umweltsenatorin Katrin Lompscher und Wirtschaftsminister Harald Wolf mit BSR-Finanzvorstand Lothar Kramm und dem Berliner BUND-Geschäftsführer Tilmann Heuser. Mögliche Alternativen zur Kohleverstromung erörterten die parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion im Bundestag, Dagmar Enkelmann, mit dem Vize-Gesamtbetriebsratschef der RAG Deutsche Steinkohle, Hans-Jürgen Becker, sowie mit René Schuster (Grüne Liga) und dem brandenburgischen Landtagsabgeordneten der LINKEN, Thomas Domres.

Den Abschluss des Kongresses bildete die Gesprächsrunde «Red Green Crossover: Ein Deal mit Links?», moderiert vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Florian Weis. Die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Sabine Leidig, diskutierte mit dem Europaparlamentarier Sven Giegold (Bündnis 90/Die Grünen) und der hessischen SPD-Landtagsabgeordneten Andrea Ypsilanti über Perspektiven einer sozialen Energiepolitik im Bund. Berliner Schülerinnen und Schüler präsentierten in einem Kulturprogramm ihre Sicht auf das Thema Nachhaltigkeit. Am Freitagabend lief zudem der Film «Die vierte Revolution – Energy Autonomy». Die Konferenz ist unter www.rosalux.de/shorturl/power-to-the-people dokumentiert.

HENNING HEINE IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER PRESSEARBEIT UND KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DIE REDE von Hermann Scheer auf der Nachhaltigkeitskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung war einer der letzten öffentlichen Auftritte des SPD-Politikers. Er verstarb unerwartet wenige Tage später. Die Nachricht löste Trauer und Bestürzung in der Stiftung aus. «Scheers Tod ist ein großer Verlust für die gesellschaftliche Linke», sagte das geschäftsführende Vorstandsmitglied Florian Weis. Der alternative Nobelpreisträger sei ein hoch angesehener Experte für Energie- und Friedensfragen sowie ein Streiter für parteiübergreifende, zukunftsorientierte Entwürfe einer solidarischen Gesellschaft gewesen. Er habe auch der Stiftung als wichtiger Ratgeber zur Seite gestanden. Dokumentationen seiner Auftritte sind online abrufbar unter www.rosalux.de/shorturl/power-to-the-people sowie www.rosalux.de/shorturl/fdl-2010.

EVA SCHÄFER

SCHULTERSCHLUSS MIT JUNGS

IN GENDERFRAGEN WIRKT DIE KRISE AMBIVALENT – EIN PODIUMSGESPRÄCH IN LEIPZIG

Zur Bundesfrauenkonferenz der LINKEN im Oktober in Leipzig lud die Stiftung zum Podiumsgespräch über Folgen fortschreitender Prekarisierung auf die Geschlechterverhältnisse.

Die Berliner Soziologin Alexandra Manske charakterisierte den Umbruch als «Neu-Erfindung» der Arbeitsgesellschaft. Die Kennzeichen: dramatische Verfestigung von Armut an den gesellschaftlichen Rändern, soziale Erschütterungen, Statusverunsicherung, Unberechenbarkeiten in den Lebensverläufen auch in der gesellschaftlichen Mitte, etwa bei der wachsenden Zahl prekär lebender Selbständiger. Die «Zone der Verwundbarkeit» weite sich aus, so Manske. Breite Bevölkerungsschichten würden politisch und sozial ausgeschlossen. Der politisch gewollte Prozess einer Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft hat ambivalente Effekte auf die Geschlechterverhältnisse, die auch zu Öffnungen in den bisherigen Arrangements führen können. Manske konstatierte subjektive Bewältigungsstrategien prekär arbeitender «neuer Kreativer», durch die traditionelle Erwerbsordnungen brüchig und «entgeschlechtlichende» Prozesse in Gang gesetzt werden. Prekarisierungstendenzen wirken auch im expandierenden Niedriglohnsektor widersprüchlich. Einerseits festigt sich geschlechtsspezifische Ungleichheit: Zwei Drittel aller NiedriglöhnerInnen in Deutschland sind Frauen. Insbesondere die mehrheitlich von Frauen dominierten Dienstleistungsbranchen expandieren. Aber gleichzeitig werden

auch männliche Erwerbsbiografien zunehmend prekär. Das bringt Geschlechterhierarchien im Privaten ins Wanken, etwa, wenn Frauen bei anhaltender Arbeitslosigkeit des Ehemannes zu Familienernährerinnen werden. Die langjährige Verdi-Chefin in Baden-Württemberg, Sybille Stamm, knüpfte an diesem Punkt an. Zwar habe die politische Klasse in der Krise reflexartig geschlechtsspezifisch agiert, etwa indem sie die Autobranche stützte. Gleichzeitig aber sind 42 Prozent aller neuen Arbeitsverhältnisse befristet – für Männer und Frauen gleichermaßen. «Gibt es eine Chance für gleichberechtigte Kämpfe – mit den prekarierten Jungs im Schulterschluss?», fragte Stamm. Sie forderte eine Politik der Arbeitszeitverkürzung, auch um sich verschiebende geschlechtliche Konfliktlinien zu thematisieren. Die lebhafteste Diskussion der mehr als 50 TeilnehmerInnen kreiste um die Frage, ob die Krise eine Chance für Geschlechtergerechtigkeit sein könne. Eine eindeutige Antwort gab es nicht. Das widersprüchliche Gesicht der Krise und der Prekarisierungsprozesse allerdings verweist auf Verunsicherungen bisheriger Gender-Logiken, die weiterhin analytisch und politisch zu begleiten sind. Der Beitrag von Alexandra Manske ist als Standpunkt Papier erschienen und kann unter www.rosalux.de/publication/37392/die-neu-erfindung-der-arbeitsgesellschaft.html abgerufen werden.

EVA SCHÄFER IST REFERENTIN FÜR GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

RAMONA HERING

KEIN FRIEDEN MIT DER GASP

KRITIK AN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK DER EU BEI EINER DISKUSSION IN BERLIN

Um die Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) der EU drehte sich die dritte Veranstaltung der Reihe «Handlungsfeld Europa» im Europäischen Haus in Berlin.

Die Europaabgeordnete Sabine Lösing (DIE LINKE) bezeichnete die GASP als zwar gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Es fehle nicht am Willen, eine konsequente Friedens- und Sicherheitspolitik zu verfolgen. Problematisch seien jedoch die Ausgestaltung und die wenig kohärente und konkrete Strategie zur Erreichung dieses Ziels. Die GASP sei bisher keine Friedenspolitik, sondern vertrete primär sicherheitspolitische und ökonomische Interessen. Das Credo der EU sei die zivil-militärische Zusammenarbeit. Der Vertrag von Lissabon treffe eindeutige Aussagen zu militärischen Optionen und zur Einrichtung einer Verteidigungsagentur. Was darin völlig fehle, sei das Bekenntnis zum Frieden. Im Vertrag stehe nirgends, dass von der EU niemals Krieg ausgehen dürfe, ebenso fehle der Gedanke der Einrichtung einer Abrüstungsagentur. Das Militärische bleibe im Vordergrund, dem das Zivile untergeordnet werde, vor allem wenn es um vitale EU-Interessen gehe. Fazit: «Zivile Friedenspolitik muss zentrales Anliegen der Verträge werden, erst dann kann sie eine wirkliche Friedenspolitik sein.» Die EU habe keine kohärente Sicherheitsstrategie, sagte auch die Direktorin des Brüsse-

ler International Security Information Service (ISIS), Giji Gya. Es existierten lediglich einzelne Dokumente. Der Lissabonvertrag sei jedoch auch eine Palette gemeinsamer Werte, er enthalte die Wahrung der Menschenrechte. Eine ganz elementare Schwäche der GASP sei die mangelnde Koordinierung der verschiedenen Politiken in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Gya widersprach allerdings der Auffassung, dass sich die EU militarisiere. Von 14 Missionen seien nur zwei militärisch gewesen. Der Marburger Konfliktforscher Johannes M. Becker machte deutlich, dass die ungleiche Verteilung des Reichtums die Sicherheit in der Welt am stärksten gefährde. Die «vierte Welt» benötige gerechte Preise für ihre Produkte. Nur so könne nachhaltige Friedenspolitik erreicht werden – wie auch über nachhaltiges, ökologisch vertretbares Wirtschaften. Politisch und ökonomisch könne man Konflikte und Kriege bekämpfen, keinesfalls jedoch militärisch. Leider vergebe die EU die Chance, Konflikte zu entdecken bevor sie entstehen und sie dann nicht-militärisch zu lösen. Ein Audiomittschnitt der Diskussion ist online abrufbar unter www.rosalux.de/event/41741/warum-die-gasp-keine-friedenspolitik-werden-kann.html.

RAMONA HERING IST REFERENTIN FÜR EUROPÄISCHE POLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

BERND HÜTTNER/CHRISTOPH NITZ

SOUVERÄN AM MIKROFON

LINKE MEDIENAKADEMIE BAUT IHR BILDUNGSANGEBOT BUNDESWEIT AUS

Anfang März fand in Berlin die «Linke Medienakademie» statt. Rund 1.200 BesucherInnen wurden in der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) erwartet. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Kooperationspartnerin war mit Veranstaltungen zu ihrer Namensgeberin und zum Rechtsextremismus präsent.

Die LiMA war erneut der Ort, wo Linke lernen können, sich eine öffentliche Stimme zu geben und dabei PR-Desaster zu vermeiden. Das Motto 2011 lautete «Grenzenlos». Im Forum LiMA-Digital drehte sich alles um die Netzpolitik. Der Blogger Markus Beckedahl sprach zu den Regeln, die eine digitale Gesellschaft braucht. Kurse zum Web 2.0 beschäftigten sich mit Open Source-Software, Joomla-Anwendungen, dem Thema «Online-Petition leicht gemacht» und Video für Internet. Zudem gab es Seminare zum politischen Bloggen. Zur heiß diskutierten Problematik von «Netzsperrern global und in Deutschland» referierte Christopher Lauer von der Piratenpartei. Hermann Abmayr informierte über die S21-Kampagne und das Netz. Auf dem LiMA-Campus für Studierende gab es einen Workshop zu kritischem Journalismus an den Universitäten und eine Übung unter dem Motto «Protest Essentials». Das Seminar zeigte, wie sich mit Online- und Print-Medien der Campus politisieren lässt. Das LiMA-Unioncamp richtete sich an gewerkschaftlich aktive Linke. In dieser Sparte gab es einen Workshop mit dem Journalisten Daniel Behruzi über die Ländertarifrunde 2011.

Online-Kenntnisse für Parteiaktive wurden im Seminar «Die neuen Funktionen des LINKEN CMS» vermittelt. Experten erläuterten die Funktionen von Adobe InDesign oder des Grafikprogramms GIMP. Matthias Holl, Entwickler bei smartmedia23.com, vermittelte Programmierschritte von I-Phone-Applikationen. Martin Brust, Redakteur bei der Frankfurter Rundschau, lehrte angehende Journalisten das ABC ihres Berufs – etwa mit den Grundlagen-Workshops «Die Nachricht» und «Kommentare schreiben». Zudem gab er einen Fortgeschrittenenkurs «Öffentlichkeitsarbeit für Gewerkschaften» und eine Übung zum Texteredigieren. Die Journalistin und Verlegerin Viola Falkenberg gab Tipps für die Pressearbeit. Die Anforderungen an einen Pressesprecher erklärte Alexander Fischer (DIE LINKE), zur Fotoarbeit konnte Bildredakteur Wolfgang Frotscher vom «Neuen Deutschland» für einen Kurs gewonnen werden.

Auch wie Linke den Medien gegenüber treten können, wurde auf der LiMA vermittelt. So gab es Workshops zu den Themen «Souveräner sprechen am Mikrophon» und «Auf dem Podium» sowie Rhetorik-Übungen mit Moritz Kirchner, Teilnehmer an der Debattier-Weltmeisterschaft. Professor Jeffrey Wimmer von der Technischen Universität Ilmenau leitete eine PR-Werkstatt zum Umgang von NGO und Journalisten. Die Organisationsberaterin Regina Stosch bildete ihre KursteilnehmerInnen zum Thema «Management und Steuerung von politischen Kampagnen» weiter. Wilke Witte, Gewerkschaftssekretär der IG BAU, leitete einen Workshop «NGO-Techniken für Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen».

Zudem angeboten wurde eine Einführung in Scribus, einer Open-Source-Alternative zum Layouten, sowie eine Fortgeschrittenenwerkstatt unter dem Motto «Von der vierten Macht zum Macher 4.0» über Herausforderungen an Journalisten im Kommunikationszeital-

ter. Die iRights.info-Redakteurin Valie Djordjevic bildete fort zum Thema «Wikis für Einsteiger». iRights.info ist eine Website zum Thema Urheberrecht in der digitalen Welt, die 2006 mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet wurde. Sabine Reiner, Gewerkschaftssekretärin beim Verdi-Bundesvorstand und Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, leitete ein Seminar zur Thematik «Wirre Wirtschaftsthemen und öde Statistiken peppig aufbereiten». Dabei wurden Publikationsformate aus dem Verdi-Bereich Wirtschaftspolitik vorgestellt und die Zielgruppen.

Die LiMA begann vor zehn Jahren als Seminar im Karl-Liebknecht-Haus – damals mit gerade einmal 14 TeilnehmerInnen. Vergangenes Jahr kamen allein 950 Menschen zur «Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz», wie der volle Titel des Kongresses lautet. In diesem Jahr rechnen die LiMA-Macher bei ihren Veranstaltungen mit bundesweit 3.000 TeilnehmerInnen. Neben dem Medienkongress an der HTW bietet der LiMA-Verein auch kleinere Regionalkonferenzen in neun Städten an, darunter Hannover, Magdeburg, Leipzig, Stuttgart und München. Das Format «LiMA-Regional» besteht aus einem Fachvortrag, fünfstündigen Workshops und einer Podiumsdebatte. Mehr Informationen unter www.linke-medienakademie.de/.

BERND HÜTTNER LEITET DAS REGIONALBÜRO BREMEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND IST VORSITZENDER VON LIMA E.V. CHRISTOPH NITZ IST GESCHÄFTSFÜHRER DES LIMA E.V.

Themen auf der LiMA waren Netzpolitik und Web 2.0. Foto: Julia Kneuse





Hinweis auf die englischsprachige Ausgabe der Luxemburg-Briefe im Institute of Modern Arts in London. Foto: Verso Books/Sarah Shin

EVELIN WITTICH

ROSA IN MANHATTAN

ENGLISCHE AUSGABE DER LUXEMBURG-BRIEFE WIRD IN NEW YORK PRÄSENTIERT

Rosa Luxemburg ist in den Kreis der bedeutendsten Deutschen aufgenommen worden. Von Historiker und Historikerinnen, die das Geschichtsbild der deutschen Fernsehbevölkerung wesentlich prägen, und dokumentiert Ende 2010 in der Reihe «Die Deutschen» im ZDF.

Ob es Rosa Luxemburg gefreut hätte, ist zumindest in Frage zu stellen, hatte sie doch als Internationalistin für vordergründig Nationales kein Verständnis. Dennoch ist der Fakt ein sehr bemerkenswerter. In den Jahren nach 2001, als der rot-rote Senat von Berlin das Setzen eines Denkzeichens für Rosa Luxemburg auf dem Rosa-Luxemburg-Platz beschloss, gab es einen Sturm der Entrüstung in zahlreichen, auch prominenten Medien. Mehr oder weniger namhafte Historiker beteiligten sich daran. Luxemburg wurde nicht für würdig befunden für diese Ehrung. Die Debatte gegen Rosa Luxemburg zielte darauf, sie als Demokratin zu diskreditieren. Der Gegnerin der parlamentarischen Demokratie sei die Freiheit der Andersdenkenden nie ein Anliegen gewesen, wurde behauptet. Prof. August Winkler griff diese

Behauptung in der genannten Fernsehsendung auch wieder auf. Die früheren frontalen Angriffe auf Rosa Luxemburg als Kriegsgegnerin, als revolutionäre Politikerin, als Frau, als Polin, Jüdin und Behinderte werden so nicht mehr vorgetragen.

Die Angriffe gegen Rosa Luxemburg richteten sich auf die Symbolfigur des Demokratischen Sozialismus und natürlich auf die politische Konstellation in Berlin: die rot-rote Regierung. Seither hat sich die Diskussion über Rosa Luxemburg gewandelt. Und dafür gibt es gewichtige Gründe. Die politische Linke in Deutschland ist erstarkt und in Gestalt der Partei DIE LINKE fester Bestandteil des Parteiensystems geworden. Rosa Luxemburg wird von den Linken – ob in der Partei oder außerhalb – ganz ohne Zweifel als zentrale Figur der bewahrenswerten sozialistischen Traditionen gesehen. Der Umgang mit ihren politischen Auffassungen, also deren Interpretation für linke Politik heute, ist dagegen durchaus unterschiedlich. Tatsache ist jedoch, dass die Beschäftigung mit Rosa Luxemburg sowohl im Lande als auch international in den vergangenen zehn Jahren

ZUM 140. GEBURTSTAG von Rosa Luxemburg am 5. März 2011 ist ein Hörbuch erschienen, herausgegeben vom Brüsseler Büro der Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Onlineradio HörbuchFM. Die AutorInnen Kerstin Lehmsstedt und Richard Fasten zeichnen in dem 77-minütigen Feature wichtige Lebensstationen der Sozialistin und Revolutionärin nach. Ein Download ist möglich unter www.rosalux.de/zeitgeschichte/specials/140-jahre-rosa-luxemburg.html. Dort gibt es auch Infos über weitere Veranstaltungen zum Geburtstag.

eine fast unglaubliche Intensität und Breite erlangt hat. Offenbar hängt das mit der Erkenntnis zusammen, dass ihre Auffassungen für die Entwicklung linker Politik heute entscheidende Impulse geben können. Auch die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im In- und Ausland hat einen profunden Beitrag dazu geleistet. Zahlreiche Publikationen über sie sind erschienen. «Rosa Luxemburg oder: der Preis der Freiheit», herausgegeben von Jörn Schütrumpf, liegt in überarbeiteter Fassung und in mehreren Sprachen vor und hat die Arbeit zu Rosa Luxemburg in der Stiftung mit geprägt. Die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft hat ihre Arbeit in zwei Konferenzbänden dokumentiert. Von den Publikationen außerhalb der Stiftung ist die Biographie von Dietmar Dath zu erwähnen. Der Karl Dietz Verlag gibt die vergriffenen Werke Rosa Luxemburgs mit neuen Vorworten heraus und arbeitet an einer Erstausgabe der polnischen Schriften.

Gemeinsam mit dem Verso Verlag London – dem weltweit größten linken englischsprachigen Verlag – hat die Stiftung eine englische Ausgabe der Werke Rosa Luxemburgs begonnen. Der erste Band mit Briefen Rosa Luxemburgs ist bereits erschienen und wird im März in London und auf dem «Left Forum» in New York sowie im Mai in Chicago öffentlich präsentiert. Dieses umfangreiche Projekt von kulturhistorischer, politischer und wissenschaftlicher Bedeutung wird das Denken und Wirken Rosa Luxemburgs auch im englischen Sprachraum zugänglich machen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung international zu größerer Bekanntheit verhelfen. Es wird aber einen Zeitraum von etwa zehn Jahren bis zur Vollendung brauchen. Die englischsprachige Ausgabe stützt sich auf die deutsche Ausgabe «Gesammelte Werke», die bisher in fünf Bänden beim Karl Dietz Verlag Berlin erschien, sowie die «Gesammelten Briefe» in sechs Bänden. Die deutsche Ausgabe stellt eine Sammlung mit vollständigem Briefteil dar. Bei den Werken stehen noch zwei Bände aus, an denen derzeit gearbeitet wird (siehe Beitrag unten). Im Jahr des 140. Geburtstages Rosa Luxemburgs gibt es zudem

zahlreiche Veranstaltungen im In- und Ausland – etwa einen mehrtägigen Workshop zur Aktualität von Leben und Werk in Lateinamerika, eine internationale Konferenz von Stiftung und Internationaler Rosa-Luxemburg-Gesellschaft im September in Moskau sowie das Symposium «Rosa-Luxemburg ante portas. Vom Leben Rosa Luxemburg nach ihrem Tod» zur Rezeption nach 1945, veranstaltet von den Landesstiftungen Sachsen, Berlin und Brandenburg. Abgeschlossen ist bereits eine Festivalwoche beim Weltsozialforum Anfang Februar in Dakar.

EVELIN WITTICH IST DIREKTORIN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

The Letters of Rosa Luxemburg: Der britische Verso Verlag hat Anfang 2011 eine Ausgabe mit Briefen der radikalen Sozialistin auf Englisch herausgebracht. «Der Band gibt persönliche Einblicke in eine bemerkenswerte (und umstrittene) Frau», urteilte das New Yorker Magazin «Publishers Weekly».

Foto: Verso Books



WERKE WERDEN ERGÄNZT

FORSCHER ENTDECKEN UNBEKANNTE NOTIZEN VON ROSA LUXEMBURG

Luxemburg-Biografin Annelies Laschitza ist zuversichtlich: «Wenn alles so klappt, wie wir uns das vorstellen, dürfte der Band eventuell 2013 zur Übergabe an den Dietz Verlag Berlin fertig vorliegen».

Gemeint ist damit der Ergänzungsband mit deutschen Texten zu den «Gesammelten Werken» Rosa Luxemburgs, an dem die Professorin und der Luxemburg-Forscher Eckhard Müller seit Anfang 2010 arbeiten. Fünf Bände, die die ökonomischen und demokratietheoretischen Ansätze Luxemburgs umfassen, sind bislang im Karl Dietz Verlag Berlin erschienen. Mit dem Ergänzungsband sollen weitere, bislang nicht bekannte Beiträge der Revolutionärin der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. «Eine Menge neuer Dokumente», schwärmt Annelies Laschitza in ihrem Bericht, «konnte bereits ausfindig gemacht werden. Darunter etwa 200 Blatt fragmentarische handschriftliche Notizen und Exzerptheft Luxemburgs zu Problemen der Nationalökonomie, die in der Stiftung «Parteien und Massenorganisationen der DDR» im Bundesarchiv ausfindig gemacht werden konnten.» Weitere 50 Blatt handschriftliche Notizen der so-

zialistischen Theoretikerin entdeckten die Forscher im Nachlass des Historikers Jürgen Kuczynski. Auch auf Polizeiberichte zu Vorträgen Luxemburgs haben Laschitza und Müller Zugriff. Weitere Sichtungungen von Archivmaterialien sollen in den nächsten Monaten unter anderem im Bundesarchiv, im geheimen Staatsarchiv (Berlin-Dahlem), im Landesarchiv Sachsen und im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn vorgenommen werden. Neben den bisher gewonnenen Erkenntnissen zum Leben und Wirken Luxemburgs erwarten Laschitza und Müller neue Details des Streitens für verbesserte soziale und politische Bedingungen für die polnische Bevölkerung in den Ostgebieten des Kaiserreichs sowie weitere Eindrücke des Agierens Luxemburgs gegen den Militarismus und Kolonialismus dieser Zeit. Bis dato förderte die Arbeit von Annelies Laschitza und Eckhard Müller bereits 280 Positionen (Artikel, Briefe, Vorträge, Reden etc.) zu Tage, die im Ergänzungsband erscheinen sollen. All dies, und damit schließen die Luxemburg-Forscher ihren Bericht, solle nicht zuletzt auch in durchaus widersprüchlicher Art das biografische Bild Rosa Luxemburgs bereichern.

STEFFEN HULTSCH

VERNACHLÄSSIGT SEIT 1896

GESPRÄCHSKREIS ENTWIRFT KONTUREN FÜR EIN EINHEITLICHES ARBEITSRECHT

Ist der Entwurf für ein Arbeitsgesetzbuch ein Projekt der Partei DIE LINKE? Mit dieser Frage haben sich schon interessierte Kreise ihrer Vorläuferorganisationen PDS und WASG beschäftigt. Nun hat ein Gesprächskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung erste Studien und Entwürfe vorgelegt.

Heute wird das Recht so oft wie möglich umgangen. Wer Arbeit haben und sie behalten will, darf sich nicht um das Arbeitsrecht kümmern. Viele Menschen unterschreiben Arbeitsverträge ohne vernünftigen Lohn; sie gehen aus Angst vor Entlassung krank zur Arbeit; sie ziehen bei einer Kündigung vor Gericht, aber den Arbeitsplatz behalten sie trotzdem nicht. Allenfalls winkt eine Abfindung. Es gibt noch viele solcher Beispiele

Dabei hat das Arbeitsrecht für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse große Bedeutung, und bei einer Erneuerung des Sozialstaates spielt es eine wichtige Rolle. Hieraus ergibt sich der politische Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzeswerks. Da die unterschiedlichen Koalitionen dieses Projekt ständig verschieben, wird diese Aufgabe für die LINKE dringlicher denn je. Nicht zuletzt aus diesem Grunde bildete sich der Gesprächskreis Arbeitsrecht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In Zusammenarbeit mit GewerkschafterInnen, ArbeitsökonominInnen, JuristInnen, VolkswirtschaftlerInnen und AlternativökonomInnen will er neue Wege zur Begründung von gerechten Arbeitsverhältnissen entwickeln. Erste Arbeitsergebnisse gibt es bereits.

In Deutschland gibt es eine lange Geschichte der Versuche, das Arbeitsrecht einheitlich zu regeln. Bereits 1896 wurde bei der Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Deutschen Reichstag die Forderung nach einer einheitlichen Regelung des Arbeitsvertrages erhoben. Nach der Novemberrevolution 1918 stand die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts auf der Tagesordnung. Doch das Vorhaben kam nie über das Stadium des Gesetzesentwurfs hinaus. Nach der Zerschlagung des Faschismus gab es auch in den damaligen Westzonen Bestrebungen, ein neues, demokratisches Arbeitsrecht aufzubauen. So verankerten 1946 einige Länderverfassungen den Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts, ohne dass Parlamente und Regierungen diesem Auftrag je nachgekommen wären. Politischer Druck der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften und die Kodifikation des Arbeitsrechts in den sozialistischen Staaten veranlassten schließlich auch die politischen Parteien der Bundesrepublik, zu diesem Problem Stellung zu nehmen.

So finden wir in der Regierungserklärung der SPD von Januar 1973 Zielvorstellungen nach «überschaubarer und verständlicher Zusammenfassung des Arbeitsrechts und Sozialrechts». Schon im Bad

Godesberger Grundsatzprogramm der SPD von 1959 und in ihrem Wahlprogramm vom Oktober 1972 taucht der Anspruch auf, die Arbeits- und Sozialgesetzgebung einheitlich und übersichtlich zu gestalten. Selbst die CDU fühlte sich 1972 genötigt, die «Zusammenfassung des Arbeitsrechts in einem fortschrittlichen Arbeitsgesetzbuch» zu einem Schwerpunkt ihrer Rechtspolitik zu erklären. Im Jahr 1977 schließlich legte eine Sachverständigenkommission den Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes vor, das allerdings auf das individuelle Arbeitsrecht beschränkt war.

Beim näheren Hinsehen zeigt sich, dass der Gesetzesentwurf keineswegs arbeitnehmerfreundlich war. Er ignorierte das Recht auf Arbeit, dehnte die betriebliche Herrschaftsmacht des Arbeitgebers aus und schloss durch die sogenannte «Treuepflicht» der ArbeitnehmerInnen deren politische Betätigung nahezu aus. Aber selbst dieser Versuch eines relativ geschlossenen Gesetzes stieß auf den Widerstand der Monopolverbände. In der Regierungskoalition kam es zu Meinungsverschiedenheiten über das Gesetz; 1981 wurde die zuständige Kommission schließlich aufgelöst. Genauso erging es in der Folgezeit den Entwürfen des Deutschen Juristentages 1992, des Bundeslandes Brandenburg 1996 und dem Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes der Bertelsmann Stiftung. Ähnliches wiederholt sich heute. In gleich zwei Erklärungen forderte die CDU Anfang 2008 ein «verständliches Arbeitsgesetzbuch». Eine Umsetzung dieser Beschlüsse ist nicht in Sicht. Der bürgerliche Staat hat kein Interesse an einem einheitlichen und übersichtlichen Arbeitsrecht, da sich dadurch die Aktivitäten der Arbeitnehmer für die Durchsetzung und Wahrung ihrer Rechte deutlich erhöhen könnten.

Nach wie vor sind damit für erhebliche Teile des Arbeitsrechts Gesetze maßgebend, die für heutige Verhältnisse als veraltet angesehen werden müssen. Das geltende Arbeitsrecht beruht noch immer auf einer Fülle von Einzelgesetzen und Verordnungen aus den verschiedensten Zeiten, die nicht aufeinander abgestimmt sind und viele Widersprüche und Lücken aufweisen. Der Einfluss der sogenannten Arbeitsgerichtlichen Rechtsfortbildung, das heißt der Vorrang der Auslegung über den Wortlaut der Norm, bleibt nahezu unbeschränkt bestehen. Doch die hat alle bedeutsamen Teilbereiche des Arbeitsrechts neu und zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen geregelt. Die Arbeitsrechtsentwicklung ist weitestgehend den «Selbstläufern» der freien Marktwirtschaft überlassen. Ein neues einheitliches Arbeitsrecht wäre ein bedeutsamer Schritt zu mehr Rechtseinheit, Rechtssicherheit und Rechtsklarheit.

STEFFEN HULTSCH IST RECHTSANWALT IN POTSDAM UND LEITET EHRENAMTLICH DEN GESPRÄCHSKREIS ARBEITSRECHT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

EINE TAGUNG zum Verhältnis von Arbeitsrecht und Grundrechten hält der Gesprächskreis Arbeitsrecht am 24. März 2011 in Potsdam ab. Los geht es um 18 Uhr in der Geschäftsstelle der brandenburgischen Landesstiftung (Dortusstraße 53, 14467 Potsdam). Geplant sind zudem für dieses Jahr mehrere Podiumsdiskussionen zum Entwurf für ein Arbeitsvertragsgesetz in verschiedenen Bundesländern sowie eine Gesprächsrunde zur Arbeit und ihren europäischen Rahmenbedingungen gemeinsam mit der europäischen Linksfraktion und der Wolfgang-Abendroth-Stiftungsgesellschaft. Zusätzliche Informationen gibt es unter www.rosalux.de/stiftung/gespraechskreise.html.



Protest gegen die Haushaltskürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung gab es auf dem CDU-Parteitag im November 2010 in Karlsruhe. Foto: dpa

AXEL TROOST

VON UNTEN NACH OBEN

DAS SCHWARZ-GELBE «SPARPAKET» DIENT VOR ALLEM DER UMWERTEILUNG

Zeitgleich mit dem Ausstieg aus dem Atomausstieg wurde Ende Oktober im Bundestag das sogenannte Haushaltsbegleitgesetz beschlossen. Angenommen mit 316 gegen 260 Stimmen hat die schwarz-gelbe Koalition damit ein «Sparpaket» auf den Weg gebracht, das brutale soziale Einschnitte bringt.

Die Bundesregierung wird nicht müde zu betonen, sie verfolge ein «ausgewogenes» Programm, zu dem es mit Blick auf eine «wachstumsfreundliche Defizitreduzierung» keine Alternative gebe. Dem muss entschieden widersprochen werden. Das Kürzungspaket setzt die Umverteilungspolitik, die die Vorgängerregierungen begonnen haben, fort. Es sind in erster Linie die sogenannten «kleinen Leute», Arbeitslose und Einkommensschwächere, denen hohe Lasten aufgebürdet werden. Besserverdienende und Vermögende werden geschont. Das Sparpaket ist vor allem eines: Klassenkampf von oben. Mit ihrem Sparpaket wälzt die schwarz-gelbe Regierung die Kosten der Krise auf die Bevölkerung ab. Den Bankensektor, ein Mitverursacher der Krise, zieht sie außer über eine geringfügige Bankenabgabe nicht weiter heran. Noch dazu leistet das Haushaltsgesetz keinen Beitrag zu einer soliden ökonomischen Entwicklung. Eine solche müsste auch auf die Binnennachfrage zielen und lange anstehende, wichtige Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen. Mit ihrer Politik höhlt die Regierung die Einnahmehasis des Staates weiter aus. Anschließend setzt sie das Druckmittel Schuldenbremse als Sachzwang für Einsparungen ein. Und die bestehen in erster Linie im Streichen von Sozialleistungen. Von den insgesamt etwas über 80 Milliarden Euro, die zwischen 2011 und 2014 eingespart werden

sollen, summieren sich die Kürzungen im Sozialbereich auf rund 30 Milliarden Euro – mehr als ein Drittel der Einsparungen. Die Behauptung der Bundesregierung, sie hätte darauf geachtet, dass die Maßnahmen «ausgewogen» seien, ist somit falsch. Auch stehen den Kürzungen im Sozialbereich gerade mal knapp 20 Milliarden Euro gegenüber, die auf Seiten der Unternehmen geholt werden sollen, vor allem bei der Atomwirtschaft als «steuerlicher Ausgleich» für die verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke.

Welche Kürzungen im Sozialbereich sind geplant? Unter anderem soll der befristete Zuschlag zum ALG II beim Übergang vom ALG I wegfallen. Diese Maßnahme erhöht die Gefahr eines schnellen Absturzes in Hartz IV für alle Erwerbstätigen. Im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Dadurch droht eine massive Verschlechterung der Vermittlungschancen: Weiterbildung, Qualifizierung, Umschulung oder gar finanzielle Eingliederungshilfen für Arbeitslose wird es immer weniger geben. Auch der rentenrechtlichen Absicherung von Arbeitslosen geht es an den Kragen. Die bereits von der Großen Koalition auf ein klägliches Maß reduzierten Rentenbeiträge werden nun völlig abgeschafft. Für die Betroffenen hat dies zur Folge, dass sie Rentenwerte verlieren und nach längerer ALG II-Bezugsdauer immer weniger Ansprüche auf eine Rente haben, die zum Leben reicht. Sie werden zunehmend auf Grundsicherung im Alter angewiesen sein. Die Rentenversicherung wird trotzdem in gleicher Höhe belastet. Es handelt sich hier also um einen bloßen «Verschiebeparkplatz» zu Lasten der Versichertengemeinschaft. Be-

sonders einschneidend sind die Kürzungen beim Elterngeld. Eltern, die Hartz IV beziehen, wurde schon bei der Einführung des Elterngeldes ein Jahr Erziehungsgeld gestrichen. Nun nimmt ihnen die Regierung auch noch das Mindestelterngeld von 300 Euro weg. Sie unterschlägt, dass der Zweck des Elterngeldes eine finanzielle Unterstützung bei der Kindererziehung ist – und nicht in der Existenzsicherung von Eltern oder Kindern besteht. Eltern mit Hartz IV wird damit ihre Erziehungsleistung aberkannt. Selbst im ersten Lebensjahr des Kindes gilt das Argument, dass Arbeitsanreize nicht beeinträchtigt werden sollen. Für Eltern mit Hartz IV gelten offenbar andere Maßstäbe als für Eltern, die Elterngeld als Lohnersatzleistung beziehen. Aus Geschlechterperspektive festigt diese Regelung bestehende Benachteiligungen, denn sie belastet Alleinerziehende eklatant. Und das sind in der Mehrzahl Frauen. Zwei Drittel der 1,8 Millionen sogenannten Ein-Eltern-Familien gelten als bedürftig, rund 640.000 Alleinerziehende leben von Hartz IV. Es grenzt an Häme, wenn die Bundesregierung sich nun rühmt, auch TopverdienerInnen mit einem Jahreseinkommen von 250.000 Euro das Elterngeld zu streichen. Wie viele das wohl sein mögen?

Das jetzige Haushaltsdefizit ist auch eine Folge der Finanzmarktkrise. Die direkten Kosten der Krise werden auf über 100 Milliarden Euro geschätzt, die Gesamtkosten dürften weitaus höher liegen. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik geht in ihrem Sondermemorandum vom Sommer 2010 von einem Anstieg der Staatsverschuldung (Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungen) um fast 300 Milliarden Euro aus. Angesichts der immensen Einsparungen im Sozialbereich ist es ein Skandal, dass die Finanzbranche durch die beabsichtigte Bankenabgabe bis 2014 mit gerade einmal sechs Milliarden Euro an den Kosten der Krise beteiligt werden soll. Und die Mittel aus der Bankenabgabe sind noch nicht einmal zur Sanierung des Haushalts gedacht. Stattdessen sollen sie in einen Restrukturierungsfonds fließen, der für künftige Krisen zur Verfügung stehen soll. Die veranschlagten sechs Milliarden Euro sind deshalb nichts anderes als eine Luftbuchung.

Anstatt die Krisenkosten mit den längst wieder sprudelnden Gewinnen aus dem globalen Casino zu bezahlen, werden sie einfach auf jene abgewälzt, die sich am wenigsten wehren können. Mit ihrem

Sparpaket stiftet die Bundesregierung sozialen Unfrieden und treibt die Alters- und Kinderarmut voran. Aber das ist noch nicht alles. Auch die Entwicklungshilfe, die schon jetzt bei nur 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, soll wegen der Schuldenbremse mittelfristig weiter sinken – ein Desaster. Von einer Finanztransaktions- oder einer Börsenumsatzsteuer, die hier ansetzen und zu laufenden Einnahmen führen würden, ist dagegen keine Rede mehr. Die Vorstöße des Finanzministers für eine europäische Finanztransaktionssteuer sind bestenfalls zaghaft zu nennen. Von «weiteren Maßnahmen» neben einer Bankenabgabe wird mitunter gesprochen. Doch diese werden von internationalen oder europäischen Lösungen abhängig gemacht. Angesichts dieses Hin- und Herschiebens ist es umso wichtiger, den öffentlichen Druck zu erhöhen und die Finanztransaktionssteuer auf der Agenda zu halten.

Anders wird es keine signifikante Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten geben. DIE LINKE wird sich hierfür parlamentarisch und als Mitgliedsorganisation der Kampagne «Steuer gegen Armut» auch außerparlamentarisch stark machen. Die Re-Regulierung der Finanzmärkte ist ein Schritt. Auf der anderen Seite muss umverteilt werden. Die stetig wachsende Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen muss ein Ende haben. Das Sparpaket soll die Staatsfinanzen konsolidieren. Doch es streicht primär die Ausgaben des Staates zusammen – erhebliche soziale Auswirkungen werden billigend in Kauf genommen. Dabei hat Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern in erster Linie ein Einnahmeproblem. Die Steuereinnahmen in Deutschland liegen gemessen an der Wirtschaftsleistung weit unter dem Durchschnitt der europäischen Länder. Berechnungen zeigen, dass der Staat jährlich rund 80 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen hätte, würde Deutschland zum europäischen Durchschnittsniveau aufschließen. Das Sparpaket würde sich damit von selbst erledigen. Auch deshalb kann das Gebot der Stunde nur lauten, Vermögende und Beziehende hoher Einkommen endlich stärker zur Finanzierung der Krisenkosten heranzuziehen. Die Zeit ist reif für eine andere Politik.

AXEL TROOST IST FINANZPOLITISCHER SPRECHER DER LINKSFRAKTION IM BUNDESTAG UND GEHÖRT DEM WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG AN

ALEXANDER SCHLAGER

NUR BAHNHOF VERSTANDEN

PROTESTE GEGEN STUTTGART 21 ERÖFFNEN DEMOKRATISCHE ALTERNATIVEN

Wenn sich die ganze Republik mit einem Bahnhofsbauprojekt in Stuttgart beschäftigt, so ist dies erklärungsbedürftig. Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 verweist auf Konflikte, die ihren Ursprung in Wandlungsprozessen des ökonomisch-politischen Systems haben. Sie bringt eine tiefe Krise der politischen Repräsentation zum Ausdruck.

Der Protest gegen Stuttgart 21 speist sich aus mindestens drei verschiedenen Motiven: erstens der Protest gegen Demokratiedefizite, zweitens der Kampf gegen die Ökonomisierung und drittens jener gegen die Beschleunigung des Lebens und die «Unwirtlichkeit» der Städte. Die BefürworterInnen sagen, das Projekt sei «schlecht kommuniziert» worden. Derlei Sätze entlarven zutiefst autoritäre Denk- und Handlungsstrukturen – und liefern ungewollt eine Erklärung für

die große Unzufriedenheit vieler Menschen mit der herrschenden Politik. Wer so spricht, konstruiert einen Gegensatz zwischen den wissenden ExpertInnen in der Politik, die nach «objektiven» Maßstäben tun, was für die «Zukunftsfähigkeit» notwendig ist, sowie auf der anderen Seite denjenigen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. In Stuttgart gehen die BürgerInnen gegen ihre Entmachtung auf die Straße und fordern die Revitalisierung der Demokratie und des Politischen überhaupt ein.

Greift man auf die Bestimmung des Politischen bei Hannah Arendt zurück, wird deutlich, was gemeint ist. Hannah Arendt beschreibt das Politische als diejenigen Formen des Zusammenseins, «in denen man sich untereinander bespricht, um dann in Übereinstimmung miteinander zu handeln.» Das Politische ereignet sich in der

Begegnung der BürgerInnen und ist fundiert in deren kommunikativer Praxis und Selbstherrschaft. Es ist bei Arendt kein institutionell abgegrenzter Bereich, sondern eine allgemeine Beziehungsform, in der Menschen gemeinsam über die gemeinsame Welt entscheiden. Die politische Rechtfertigungsstrategie der Eliten ist Ausdruck eines völlig entgegengesetzten Politikverständnisses. Im Mittelpunkt steht die gesetzeskonforme Entscheidung für Stuttgart 21. Diese Entscheidung wird als «alternativlos» ausgegeben. Damit soll sie dem politischen Diskurs entzogen werden.

Die Kritik an Demokratiedefiziten bei der Planung des Projektes ist deshalb kein Ausdruck von «Politikverdrossenheit». Eine Befragung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) vom 18. Oktober 2010 bestätigt das. In dem Kurzbericht des WZB heißt es: «Die überwiegende Mehrheit sind dabei aktive Demokraten, die das repräsentative System nicht an sich in Frage stellen.» Und weiter: «Jeweils 91 Prozent gaben an, dass sie sich an der letzten Bundes- und Landtagswahl beteiligt haben.»

Aus dieser Beschreibung ergibt sich eine einfache Forderung: Die Verfahren der repräsentativen Demokratie müssen durch direktdemokratische ergänzt werden. Und institutionelle Rahmungen müssen verhindern, dass sie zu einem Instrument der Besserverdienenden und -gebildeten werden. Die Interessenartikulation durch Parteien und Verbände muss so lange Bestandteil der Demokratie bleiben, bis die Bedingungen für eine allgemeine wohlinformierte Partizipation geschaffen sind. Die Demokratiefrage und die soziale Frage sind insofern nicht voneinander zu trennen.

Aus der «Schlichtung» der Proteste durch Heiner Geißler lässt sich einiges lernen für die Ausgestaltung von direkt-demokratischen Verfahren. Linke sollten sich die Aufgabe stellen, Bedingungen für faire Verfahren zu formulieren. Die Geißler-«Schlichtung» erfüllte diese aus verschiedenen Gründen nicht. Erstens: Eine Schlichtung muss ein ergebnisoffener Prozess sein. Keine Seite darf unumstößliche Prämissen einbringen. Zweitens: Die materiellen Bedingungen für ein faires Verfahren müssen gewährleistet sein, etwa indem den BürgerInnen die gleichen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, über die die Regierungsseite verfügt, um Expertisen in Auftrag zu geben. Drittens: Eine Beteiligung muss am Beginn politischer Prozesse bestehen. Zivilgesellschaftliche Gruppen müssen ein Initiativrecht bekommen, Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Viertens: Es darf außer Einschränkungen, die sich aus den Menschenrechten ergeben, keine Gegenstände geben, die sich der diskursiven Behandlung entziehen. Und fünftens: Am Ende des Verfahrens muss eine allgemeine Volksabstimmung all derjenigen stehen, die von der Entscheidung betroffen sind.

Die Demokratiefrage darf jedoch nicht auf die Frage von Volksabstimmungen und Volksentscheiden reduziert werden. Es geht darum, Prozesse der aktiven Beteiligung und Räume der Selbstregulierung zu schaffen. Im Falle von Stuttgart 21 empören auch Verflechtungen zwischen Landesregierung, Parteien, Landesbank Baden-Württemberg, Stadtregierung, Lokalpresse und Unternehmen die Menschen. Rufe wie «Maultaschen-Connection», «Schwabenmafia» oder «Lügenpack» verleihen dieser Empörung Ausdruck. Dennoch sind staatliche Stellen nicht bloße Befehlsempfänger von WirtschaftslobbyistInnen. Die Verbindungen und Abhängigkeiten sind Elemente dessen, was der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch als «Postdemokratie» bezeichnet. Große Spielräume für LobbyistInnen und eine Politik, die auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie weitgehend verzichtet, zehren demokrati-



Wasserwerfereinsatz gegen S21-Gegner im Herbst 2010. Foto: C. Grodotzki

sche Beteiligungsmöglichkeiten aus. In der Befragung des WZB werden die hohen Kosten des Projekts als Hauptargument gegen Stuttgart 21 genannt, gefolgt von der Aussage, dass der Profit nur auf Seiten der Banken und Konzerne lande. Für viele ist es nicht mehr zu akzeptieren, dass die Politik Projekte durchsetzt, die sich primär an den Interessen des Kapitals ausrichten. Stuttgart 21 wird als untaugliches Projekt eingeschätzt, das nur deswegen gebaut wird, weil die frei werdenden Flächen prächtige Spekulationsobjekte für InvestorInnen bieten. An eine an den Interessen der EinwohnerInnen orientierte Stadtentwicklung glaubt dagegen nur eine Minderheit. Die Erfahrungen mit anderen großen Bauprojekten haben diese Einschätzung geprägt. Die Konsequenzen der Ökonomisierung der Gesellschaft werden in der Stadt unmittelbar spürbar. Der Widerstand gegen Stuttgart 21 gewinnt seine Kraft daraus, dass die Menschen «vor ihrer Haustür» erleben, was eine Politik, die von Kapitalverwertungsinteressen dominiert wird, anrichtet. Mit dem Einsatz für eine soziale und kulturvolle Stadtentwicklung können Alternativen mehrheitsfähig gemacht werden, die für eine andere gesellschaftliche Entwicklungsweise stehen. «Wie wollen wir hier leben?» «Wie können wir uns die Stadt (neu) aneignen?» «Was heißt «Recht auf Stadt» konkret?» Mit solchen Fragen könnte die Entwicklung von Alternativen beginnen.

Neben der Ökonomisierung der Gesellschaft ist die Beschleunigung des Lebens ein Signum des aktuellen Kapitalismus. Stuttgart 21 ist ein Paradebeispiel dafür. Der neue Bahnhof soll Stuttgart ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz anschließen, der Fernverkehr zu Lasten des Nahverkehrs gestärkt werden. Die Beschleunigung des Verkehrsflusses soll das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Genau wie die Kapitalverwertung ist die Beschleunigung ein zum Fetisch gewordener Systemprozess, dem wir uns unterwerfen sollen. Auch deshalb reagieren viele Menschen empfindlich, wenn sie sehen, dass ihre Stadt ihr Gesicht rapide verändert, ohne dass sie Einfluss nehmen können. Der Widerstand, der durch den Abriss des Nordflügels und das Abholzen der Bäume im Schlossgarten ausgelöst wurde, zeigt das. Man muss diese Gefühle nicht teilen. Doch dass sich Menschen aus verschiedenen Klassen, Schichten und Milieus in diesem Protest vereinen, zeigt, dass er ein verbindendes Moment

der Kritik enthält. Und es besteht die Chance, mit einer ethisch argumentierenden normativen Kapitalismuskritik am alltagsbewussten Unwohlsein anzuknüpfen. Eine solche Kapitalismuskritik betont vor allem «den Gesamtcharakter und die Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Gesellschaftsformation, der sie Tendenzen zur Entfremdung, zur Verdinglichung, zur Wert- und Gemeinschaftszersetzung, zur Austrocknung von Sinnressourcen oder auch zur Produktion «kollektiver» Irrationalitäten im Hinblick auf die individuelle und kollektive Lebensführung unterstellt. Diese ethische «Künstlerkritik» postuliert gewissermaßen ein kollektives Interesse aller Menschen an der Überwindung dieser Gesellschaftsformation», wie Hartmut Rosa in einem Buchbeitrag «Leiharbeiter und Aktivbürger: Was stimmt nicht mit dem spätmodernen Kapitalismus?» schreibt Die Linke kann aus der Bewegung gegen «Stuttgart 21» lernen. Ei-

nige wichtige Schlussfolgerungen wären: Eine soziale Bewegung muss an den unmittelbaren Bedürfnissen und Erfahrungen der Menschen anknüpfen. Stadtentwicklung ist ein mobilisierungsfähiges Thema. Die Demokratiefrage erweist sich als zentrales Mobilisierungsmoment. Will die Linke erfolgreich sein, muss sie sie als eine Kernfrage des 21. Jahrhunderts begreifen. Die Demokratiefrage steht quer zu den Klassenspaltungen. Sie kann daher ein verbindendes Element eines Mitte-Unten und Mitte-Links-Projekts sein. Die Demokratiefrage darf nicht auf «mehr Volksentscheide» reduziert werden. Es geht darum, Prozesse der aktiven Beteiligung und Räume der Selbstregierung zu schaffen. Der Kampf um faire Verfahren der Bürgerbeteiligung muss offensiv geführt werden.

ALEXANDER SCHLAGER LEITET DAS REGIONALBÜRO STUTTGART DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

JOCHEN WEICHOLD

GRÜNE HÖHENFLÜGE

SIEGESSICHER IST DIE EHEMALIGE ÖKO-PARTEI INS WAHLJAHR 2011 GESTARTET

«Umfragen sind nur Wetten auf die Zukunft», sagte der Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Jürgen Trittin, im vergangenen November. Die Führungsriege der Partei war bemüht, angesichts der hervorragenden Wahlprognosen die Euphorie der Basis zu dämpfen – nicht zu Unrecht, wie jüngst das enttäuschende Abschneiden in Hamburg zeigte.

Nur nicht abheben, sondern auf dem Teppich bleiben, lautete die Parole; Arroganz und Überheblichkeit könnten bei potenziellen WählerInnen schlecht ankommen. Dennoch gingen die Grünen optimistisch in das Wahljahr 2011. Die anhaltend hohen Umfragewerte bestärkten sie darin ebenso wie die Tatsache, dass sie in den letzten zwei Jahren rund 5.000 neue Mitglieder hinzugewonnen haben. Mit insgesamt über 51.600 Mitgliedern nähern sie sich wieder ihrer bisherigen Bestmarke von 1998. Damals waren 51.813 Menschen Mitglied der Grünen. Auch kommunalpolitisch sind die Grünen gut verankert: Nur in drei Kreistagen gibt es bisher noch keinen grünen Mandatsträger. Die Grünen punkten insbesondere bei Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss. Hier erreichen sie deutlich höhere Werte als andere Parteien. Mit der FDP konkurrieren sie erfolgreich um die sogenannten Besserverdienenden. Ralf Fücks, Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, schreibt: «Die Grünen verkörpern das Lebensgefühl der urbanen Mittelklasse: liberal, ökologisch aufgeklärt, kosmopolitisch, tolerant und auf sozialen Ausgleich bedacht.»

Auch wenn konkrete Forderungen, Konzepte oder gar Parteiprogramme bei Wahlentscheidungen keine entscheidende Rolle spielen, dürfte es den gut ausgebildeten WählerInnen der Grünen gefallen, dass ihre Partei konzeptionell vergleichsweise gut dasteht. In Zeiten der immer noch nicht überstandenen Finanzmarktkrise haben die Grünen mit dem Green New Deal ein in sich stimmiges Zukunftskonzept entwickelt und auf eine griffige Formel gebracht. Die politische Bundesgeschäftsführerin der Partei, Steffi Lemke, nannte auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Mitte November 2010 in Freiburg drei Gründe für den derzeitigen Aufschwung der Grünen: Erstens seien ihre Themen – vom Klimaschutz bis zu Bio-Lebensmitteln – in der Gesellschaft angekommen. Zweitens seien

die Grünen glaubwürdig, sachorientiert und zukunftsorientiert. Dritstens profitierten sie von der schlechten Performance der anderen Parteien. Aus Sicht von Steffi Lemke waren die grünen Erfolge das Ergebnis jahrelanger Arbeit: «Wir ernten jetzt das, was wir selbst gesät haben.» Union und FDP sehen in den Grünen inzwischen den politischen Hauptgegner. Sie attackieren sie als «Dagegen-Partei» oder als «Wohlfühlpartei», die unbezahlbare Forderungen erhebe. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt beschimpfte die Grünen wegen ihrer Beteiligung an den Protesten gegen die Atommülltransporte und gegen Stuttgart 21 als «Brandstifter». FDP-Generalsekretär Christian Lindner nannte sie «das Trojanische Pferd der deutschen Politik» und warf den Grünen eine «obszöne Umverteilungspolitik» vor. Auch die Medien scheinen inzwischen davon auszugehen, dass sich die Umfragewerte in Wählerstimmen ummünzen könnten; sie nehmen die politischen Forderungen der Grünen genauer unter die Lupe als in der Vergangenheit. Von der FAZ über die Welt am Sonntag bis zur «tageszeitung» (taz) wird detailliert geprüft, ob insbesondere die Konzepte zur Energiepolitik und zur Grünen Bürgerversicherung im Gesundheitswesen realistisch und finanzierbar sind – und welche Belastungen sie für den Mittelstand bedeuten würden.

Die Grünen muten speziell ihrer Wählerklientel, den gut verdienenden Mittelschichten, erhebliche materielle Belastungen zu. Mit ihren auf sozialen Zusammenhalt zielenden Vorstellungen und postmateriellen Werten scheinen sie nach dem Spekulations-Desaster der Finanzkrise trotzdem eher den Nerv dieser Schichten zu treffen als die FDP, die nur brüchige Steuersenkungsversprechen anzubieten hat. Die Grünen wollen 2011 in die Landtage von Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern einziehen, um dann erstmals in ihrer Geschichte in allen Landtagen vertreten zu sein. Darüber hinaus hoffen sie, in Baden-Württemberg und in Berlin den Ministerpräsidenten und die Regierende Bürgermeisterin zu stellen. Sie setzen in beiden Bundesländern nicht auf Platz, sondern «auf Sieg». An diesen Zielen werden sie sich am Jahresende messen lassen müssen.

JOCHEN WEICHOLD LEITET DEN BEREICH ARCHIV UND BIBLIOTHEK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

IHR KAMPF

EUROPAS RECHTE GEGEN DIE UNTERSCHICHTEN

Zu den Porträtbildern siehe auch Infokasten auf Seite 3



Daniel Zlatar, 18 Jahre. Berlin



Elvira Gashi, 22 Jahre. Peja/Kosovo

GERD WIEGEL

RESONANZ BEI DEN ELITEN

RASSISMUS IST SEIT SARRAZIN IN DER BUNDESREPUBLIK WIEDER OFFEN SALONFÄHIG – UND DAS POTENZIAL FÜR EINE MODERNE RECHTSPARTEI VORHANDEN

«Deutschland schafft sich ab» – für seine rassistischen Thesen erhielt Thilo Sarrazin im vergangenen Jahr viel Zustimmung. Seitdem steht die Frage im Raum: Ist in Deutschland Platz für eine populistische Partei rechts der Union, wie sie in zahlreichen europäischen Ländern zum Alltag gehört?

Was steckt hinter dem schillernden Begriff des «Rechtspopulismus»; wie unterscheidet er sich von einer traditionellen extremen Rechten? Seit etwa zehn Jahren wächst in vielen europäischen Ländern der Zuspruch zu Parteien, die als «rechtspopulistisch» bezeichnet werden. Die österreichische FPÖ ist das Paradebeispiel für diese Entwicklung. Aber auch die Dänische Volkspartei, die italienische Lega Nord, die schweizerische SVP, Geert Wilders' «Partei der Freiheit» in den Niederlanden und Jobbik in Ungarn gehören in diesen

Trend. Immer wieder feiern solche Parteien herausragende (Wahl-) Erfolge und erreichen Regierungsbeteiligungen. Neu an diesem Parteityp ist vor allem der Politikstil, der sich deutlich vom verstaubten Auftreten neofaschistischer Parteien unterscheidet. Obwohl sie sich inhaltlich bei der extremen Rechten bedienen, ist es einzelnen Parteien gelungen, Elemente des Neoliberalismus in ihre Programme aufzunehmen. Das hat ihnen Zustimmung in konservativ-liberalen Milieus verschafft.

Weil sich diese Parteien als Außenseiter des Politikbetriebs darstellen, profitieren sie von dem weit verbreiteten Misstrauen gegenüber etablierter Politik. Mit der Rückkehr der sozialen Frage in die Politik zeigte sich die ideologische Flexibilität dieser Gruppierungen. Sie reagierten mit einer sozial eingefärbten Rhetorik, teilweise,

ohne die neoliberalen Positionen aufzugeben. Das Bindeglied zwischen diesen heterogenen, ja einander ausschließenden Positionen ist der allen rechtspopulistischen Parteien eigene Rassismus. So unterschiedlich die inhaltliche Ausrichtung und die klassenmäßige Basis der europäischen Rechten ist, sie alle bieten rassistische Parolen als Lösung für sämtliche gesellschaftlichen Probleme an. Die Ethnisierung der sozialen Frage ist das Erfolgsgeheimnis der extremen Rechten.

Wie ist die neue Mischung rechter Inhalte entstanden? Mit dem Wandel der kapitalistischen Staaten vom fordistischen Wohlfahrtsstaat der 1960er und 1970er Jahre zum neoliberal verfassten nationalen Wettbewerbsstaat haben sich auch die Begründungsmuster von Politik gewandelt. Diese Entwicklung lässt sich auch auf Seiten der extremen Rechten beobachten. Als erste hat dies eine Autorengruppe um den Wirtschaftswissenschaftler Herbert Schui herausgearbeitet, die die Aneignung neoliberaler Ideologiemomente durch die extreme Rechte untersuchte. Die Forschungsgruppe unterscheidet zwischen einer traditionellen und einer modernen Rechten. Während sich die traditionelle Strömung weiter am völkischen Nationalismus und an den gefühlssozialistischen Phrasen des historischen Faschismus orientiert, habe sich die moderne extreme Rechte Teile der neoliberalen Ideologie zu Eigen gemacht. Die Verbindung neoliberaler Elemente mit klassischen rechtsextremen Po-

«Beim Populismus ergänzen sich charismatische Persönlichkeiten und kollektive Identitäten wie Volk, Nation und «Rasse».»

sitionen und ein populistischer Politikstil garantieren bislang den Erfolg der in diesem Sinne modernen Rechten. Populismus beinhaltet den Bezug auf die Masse der Bevölkerung, ihre Wünsche, Sehnsüchte, Bedürfnisse. Populistische Argumentationen bedienen sich klarer Freund-Feind-Gegenüberstellungen und einfacher Einteilungen in gut und böse, dafür und dagegen. «Wir hier unten», die Beherrschten, gegen «die da oben». Diese Gegenüberstellung ermöglicht es den Anhängern des Rechtspopulismus, sich als ohnmächtige Objekte der Politik, als Opfer abgehobener Entscheidungen der politischen Klasse zu sehen und zu präsentieren. Die populistische Partei oder Bewegung behauptet, die Interessen dieser kleinen Leute gegen «die da oben» zu vertreten.

Ein weiteres Kennzeichen des Populismus ist die spezifische Mischung aus personalisierten und kollektivistischen Argumentationen. Charismatische Persönlichkeiten und kollektive Identitäten wie Nation, Volk und «Rasse» ergänzen sich. Schließlich greift die populistische Agitation Ängste und irrationale Vorstellungen auf und gibt sich anti-intellektuell. Für den Rechtspopulismus sind diese Stilelemente politischer Agitation vielfältig nutzbar. Zum Beispiel die Gegenüberstellung «wir» und «die»: Der traditionelle Rechtsextremismus schließt Bevölkerungsgruppen entlang völkischer Kriterien ein oder aus. Die homogene völkisch-ethnisch definierte Nation wird von den AusländerInnen, Fremden, Anderen unterschieden. Diese traditionelle völkische Argumentation kann durch eine Argumentation ergänzt werden, die stärker den neoliberalen Leistungsgedan-

ken betont. In diesem Fall sind es vor allem die «SchmarotzerInnen», «Leistungsunwilligen» und AußenseiterInnen der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. Beide Argumentationen finden sich bei allen rechtspopulistischen Parteien. Der aktuelle Rechtspopulismus knüpft mit seiner gegen das etablierte Parteiensystem gerichteten Rhetorik an die weit verbreitete Politikverdrossenheit und das Misstrauen gegen die politische Klasse an. Die Rede von den korrupten und reformunfähigen «Altparteien» und vom verkümmerten System soll den eigenen Standpunkt außerhalb dieses Systems deutlich machen. Attraktiv und glaubwürdig erscheint der Rechtspopulismus nicht allein wegen seiner Inhalte, die in ähnlicher Form auch von etablierten Parteien angeboten werden. Entscheidend ist die Opposition zum und der Ausschluss vom alten System der Volksparteien, das immer weniger Bindungskraft besitzt. Nur durch diese Abgrenzung kann sich der Rechtspopulismus zum Sprachrohr von «denen da unten» machen, die sich selbst als Ausgeschlossene begreifen.

Die öffentliche Resonanz auf die Thesen und das Buch von Thilo Sarrazin haben gezeigt, dass in der Bundesrepublik sehr wohl das Potenzial für eine erfolgreiche rechtspopulistische Partei vorhanden ist – ein weitaus größeres Potenzial als das, das die offen rechtsextreme NPD erreichen kann. In der Sarrazin-Debatte finden sich alle inhaltlichen und formalen Punkte eines erfolgreichen Rechtspopulismus: eine manifeste Ideologie der Ungleichheit und Ausgrenzung, die sich gegen ethnisch und biologisch definierte Minderheiten richtet, aber auch gegen diejenigen, die den Anforderungen der kapitalistischen Gesellschaft nicht gewachsen sind; die Forderung nach einer konsequenten, bürgerliche Rechte missachtenden Politik gegen jede weitere Zuwanderung von Menschen, die als kulturell fremd definiert werden; eine aggressive Ablehnung von MuslimInnen und schließlich eine generelle Absage an die etablierte Politik verbunden mit dem Selbstverständnis des politischen Außenseiters.

Bemerkenswert und beunruhigend an der Sarrazin-Debatte ist, dass sie bei den gesellschaftlichen und politischen Eliten auf Zustimmung stößt und die dort beheimatete Ideologie der Ungleichheit und Ausgrenzung verstärkt. Der Philosoph Peter Sloterdijk setzt sich für die «LeistungsträgerInnen» der Gesellschaft ein; der Soziologe und Ökonom Gunnar Heinsohn entwirft das Schreckbild einer überdurchschnittlichen Reproduktion der ärmeren Bevölkerungsschichten und fordert Gegenmaßnahmen. Eben diese Gedanken finden sich auch in den von Sarrazin popularisierten Thesen. Eine solche Melange stößt – besonders angesichts der Verkaufserfolge von Thilo Sarrazins Buch – auf Resonanz in der Politik. Während der biologistische Rassismus Sarrazins – die Rede von «Judengenen» und dergleichen – zunächst eifrige Distanzierungen bei zahlreichen PolitikerInnen auslöste, folgte in einer zweiten Welle das «Ja, aber». Zumindest die Sarrazinsche Problembeschreibung sei doch richtig, hieß es nun, und politisches Handeln gegen die weitere «Zuwanderung» von MuslimInnen erforderlich.

Das Tempo dieser zweiten Welle der Vereinnahmung war enorm: Erst kündigte Horst Seehofer (CSU) den mühsam erreichten Konsens, dass Deutschland Einwanderungsland ist, auf, dann erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel die multikulturelle Gesellschaft für gescheitert, Sigmar Gabriel (SPD) verlangte schärfere Sanktionen gegen vermeintliche «Integrationsverweigerer», und Familienministerin Kristina Schröder (CDU) schwadronierte von einem Rassismus gegen Deutsche seitens der MigrantInnen. Ergebnis dieser «De-

bate» dürfte die Bestärkung von Vorurteilen und Ausgrenzungswünschen und die Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen sein. Die Inhalte des Rechtspopulismus werden so bestätigt. Im Oktober vergangenen Jahres veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie («Die Mitte in der Krise»), die eine wachsende Zustimmung zu klassischen rechtsextremen Positionen, vor allem bei Fragen zur «Ausländerfeindlichkeit» feststellt (siehe den Beitrag auf Seite 24).

Das Potenzial für eine moderne Rechtspartei ist vorhanden. Doch obwohl das Meinungsforschungsinstitut Emnid im Anschluss an die Sarrazin-Debatte rund 20 Prozent Zustimmung für eine Partei rechts der Union vorhersagte, ist auf absehbare Zeit nicht mit dem Entstehen einer solchen Partei zu rechnen. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der besonderen «historischen Belastung» der extremen Rechten in Deutschland, mit der jede Partei rechts der

Union unweigerlich konfrontiert wird. Zweitens fehlt für einen organisatorisch erfolgreichen Rechtspopulismus die charismatische Figur eines Jörg Haider oder Geert Wilders – bei aller Zustimmung zu Sarrazin wird er diese Rolle nicht ausfüllen können (und wollen). Drittens haben es neue Parteien wegen des föderalen Aufbaus des Staates und der damit erforderlichen Parteiorganisation in der Bundesrepublik besonders schwer. Schließlich scheint die Union trotz der Debatte über das schwindende konservative Profil der Partei noch genügend Bindungskraft zu besitzen, um eine Neugründung oder erfolgreiche Abspaltung zu verhindern. Zu Sorglosigkeit besteht trotzdem kein Anlass, denn das Potenzial für eine rechtspopulistische Partei ist nachweislich vorhanden, der Resonanzboden in Medien und Eliten und in Teilen der etablierten Parteien gegeben.

GERD WIEGEL IST REFERENT FÜR RECHTSEXTREMISMUS/ANTIFASCHISMUS DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

SVEN SCHÖNFELDER

AUF DEM VORMARSCH

WACHSENDER ZUSPRUCH FÜR RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN GANZ EUROPA

Seit Mitte der 1980er-Jahre erreichen rechtspopulistische Parteien in Europa wachsenden Zuspruch bei Wahlen. Ihre AnhängerInnen sind empfänglich für autoritär-nationalistische Parolen und unterstützen die Abwertung und Abwehr ethnischer Minderheiten und gesellschaftlicher AußenseiterInnen – oder nehmen sie zumindest billigend in Kauf.

In mehreren europäischen Staaten wännen sich RechtspopulistInnen mit ihren Themen und Antworten im Alltag der Menschen und zugleich in der «Mitte der Gesellschaft» angekommen. Sie werden von einem Teil der Bevölkerung nicht mehr nur als kurzfristige Wahlalternative wahrgenommen, sondern als langfristige akzeptiert. Der Rechtspopulismus in Europa schöpft seine Mobilisierungskraft vor allem aus spezifischen regionalen und nationalen Situationen. Diese sind zeit- und kontextgebunden. Die RechtspopulistInnen verknüpfen aktuelle Probleme mit bestehenden Resentiments und greifen dabei auf die jeweiligen ideologischen Traditionen zurück, die sie für ihre Ziele instrumentalisieren. Als wahlentscheidend haben sich bestimmte zeitbezogene Konstellationen erwiesen, zu denen gesellschaftliche Krisenentwicklungen ebenso gehören wie eine popularisierende und radikalisierte «Aufladung» sowohl von politischen Streitthemen und Kontroversen als auch von Stimmungen und Unsicherheiten in der Bevölkerung. Geradezu unabdingbar für den Wahlerfolg ist jedoch ein «zugkräftiger» Akteur im rechten Lager. Ohne eine solche Person kann in der Regel eine erfolgreiche Mobilisierung des rechten Wählerpotenzials kaum gelingen.

Die Wahlerfolge der RechtspopulistInnen haben die politische Landschaft Europas erheblich verändert. Ihr Einfluss reicht von der Regierungsduldung wie in Dänemark über Regierungsbeteiligungen wie in Österreich und den Niederlanden bis zur Regierungsdominanz – siehe Italien. Andere Gruppierungen wie der französische Front National oder der separatistische Vlaams Belang in Belgien – bis 2004 als Vlaams Blok – schafften dagegen trotz kontinuierlicher Erfolge bei Regional- und Europawahlen bisher nicht den Sprung in die nationale Regierungsverantwortung. Sie erreichten jedoch wie-

derholt Regierungsämter auf kommunaler Ebene. Die erfolgreichsten Vertreter des Rechtspopulismus in Westeuropa finden sich in Italien, der Schweiz, in Österreich und den Niederlanden. Silvio Berlusconi's Popolo della Libertà holte zusammen mit der regionalistischen Lega Nord im Jahr 2008 bei den italienischen Parlamentswahlen fast die Hälfte der Stimmen. Die Schweizerische Volkspartei



Indira Kurteshi, 18 Jahre. Plemetina/Kosovo



Ceci Osmani, 18 Jahre. Plemetina/Kosovo

hatte ein Jahr zuvor genau 29 Prozent eingefahren. Die Freiheitliche Partei Österreichs und das Bündnis Zukunft Österreich erreichten im Jahr 2008 zusammen 28,2 Prozent. Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid vereinigte vergangenes Jahr in den Niederlanden fast ein Viertel der Stimmen auf sich. In Skandinavien hatten zwischen 2007 und 2010 zwei Parteien großen Erfolg bei Wahlen: Die norwegische Fortschrittspartei erreichte knapp 23 Prozent, die Dänische Volkspartei kam auf fast 14 Prozent. Führende rechtspopulistische Parteien in Osteuropa sind das Wahlbündnis MIÉP-Jobbik mit einem Stimmanteil von 16,7 Prozent im Jahr 2010, sowie die Slowakische Nationalpartei, die bei den Wahlen im Jahr 2006 fast zwölf Prozent erreichte.

Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien gründet vor allem in ihrer Fähigkeit, mit öffentlichkeitswirksamen Forderungen ein breites Wählerpotenzial zu mobilisieren, das bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht, und ihre Programme und Themen wahltaktischen Erwägungen anzupassen. Inhaltlich geht es um einen Identitäts-, Inklusions- und Exklusionsdiskurs, der zwischen der ethnisch definierten Eigengruppe und einer oder mehreren «Fremdgruppen» unterscheidet. Ressentiments und Ängste in der Bevölkerung werden bewusst geschürt und wahltaktisch polarisiert. Rechtspopulismus ist daher vor allem eine Mobilisierungsstrategie, in deren Zentrum die Stimmungsmache gegen Schwächere steht. Die demokratisch erworbene Macht soll genutzt werden, um die Gesellschaft autoritär umzubauen. In ihrer politischen Ausrichtung sind die rechtspopulistischen Parteien eher systemkonform als systemkritisch, so dass Kooperationen oder Bündnisse mit liberalen und konservativen Parteien möglich und durchaus keine Seltenheit sind, wie die Beispiele Dänemark, Österreich und Niederlande zeigen. Im Vergleich zur rechtsextremen Konkurrenz sind sie eher gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich. Allerdings sind bei einigen, etwa beim Front National und beim Vlaams Belang, auch ausgeprägte nationalistische und völkische Vorstellungen zu finden. Die Trennung zwischen gemäßigten und extremistischen Positionen ist

also nicht immer eindeutig. Das Politik- und Gesellschaftskonzept der RechtspopulistInnen ist dadurch geprägt, dass es Ängste und Probleme, die mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen, aufgreift und ethnisch oder nationalistisch umdeutet. Das Ziel: Aus der sozialen eine nationale Frage zu machen. So werden AusländerInnen und AsylbewerberInnen als «Sozialschmarotzer» diffamiert und zu Schuldigen von strukturell verursachten Problemen und Krisen erklärt. RechtspopulistInnen machen AusländerInnen pauschal für steigende Kriminalität und Gewalt verantwortlich und erklären Einwanderung und Integration zur Gefahr für die «innere Ordnung und Sicherheit». Es folgt der Ruf nach staatlicher Härte, einer rigiden Ausländer- und Asylpolitik, nach mehr Recht und Ordnung und einem Ende der «Toleranz» gegenüber dem angeblichen kulturellen Verfall des eigenen – als homogen verstandenen – Volkes.

Zum rechtspopulistischen Themenkanon gehören aktuelle soziale Probleme und Widersprüche wie Arbeitslosigkeit und Armut, aber auch politische Orientierungsverluste, die infolge von Europäisierung, Globalisierung und der Auflösung traditioneller sozialer Milieus entstanden sind. Diese Themen werden mit gezielten Provokationen und dem bewussten Brechen politisch-kultureller Tabus aufgegriffen. Auch Gewaltmetaphern und «klare Worte» in der politischen Debatte sind beliebte Stilmittel des Rechtspopulismus. So sollen feindselige Stimmungen erzeugt und WählerInnen mobilisiert werden. Die Strategie besteht darin auszusprechen, «was die Leute denken» und radikale Lösungen zu propagieren. Mit der Gegenüberstellung von «einfachem Volk» und «abgehobener Elite» sollen Risse im demokratischen Gefüge aufgezeigt und durch Verschwörungstheorien und das Denken in Feindbildern vergrößert werden. Konflikte zu emotionalisieren und Ängste in der Bevölkerung zu schüren, sind zugleich Mittel und Ziel der rechtspopulistischen Agitation.

Mit Blick auf die Mobilisierung ihres Wählerpotenzials spielen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene einzelne Führungs- oder Führerpersönlichkeiten eine wichtige Rolle. Ihnen kommt die Aufgabe zu, den Unmut «des Mannes auf der Straße» gegen «die da oben» zu artikulieren und politisch zu kanalisieren. Populisten wie Silvio Berlusconi, Jörg Haider, Jean-Marie Le Pen oder Geert Wilders sind Beispiele für derartige «charismatische Führer». In Deutschland gibt es eine solche Person nicht; allenfalls Ronald Schill und Franz Schönhuber kamen diesem Bild vorübergehend nahe. Durch Erfolge bei Kommunal- und Landeswahlen sehen sich aber auch in Deutschland die rechten Parteien – insbesondere die NPD – im Aufwind. Sie propagieren eine «nationale Aufbruchstimmung» und hoffen, ihr Verlierer- und Außenseiterimage zu überwinden. So hat die NPD in Sachsen im Jahr 2009 erstmals den direkten Wiedereinzug in ein Landesparlament geschafft. Zudem gab es einige regional und zeitlich begrenzte Erfolge rechtspopulistischer Gruppierungen wie der Schill-Partei in Hamburg bei der Senatswahl 2001 (19,4 Prozent) und der selbsternannten Bürgerbewegung PRO NRW in Köln bei den Kommunalwahlen 2009 (5,4 Prozent). Beide Gruppen konnten jeweils von einem zentralen, öffentlichkeitswirksamen und emotional aufgeladenen Thema profitieren: die Schill-Partei in Hamburg von «Recht und Ordnung», PRO NRW von einer «Anti-Islam»-Stimmung.

SVEN SCHÖNFELDER IST SOZIOLOGE AN DER UNIVERSITÄT VECHTA. ER WAR MITAUTOR DER STUDIENREIHE «DEUTSCHE ZUSTÄNDE» ZU GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

MORITZ ALTENRIED

KRAFT DURCH AUSGRENZUNG

«INTEGRATIONSDEBATTE» DIENT ÜBERLEGENHEITSSTREBEN DER WEISSEN MEHRHEIT

Die Thesen von Thilo Sarrazin sind weder besonders neu noch originell. Im Gegenteil – sie bedienen sich rassistischer und sozialdarwinistischer Konzepte, die viele längst überwunden glaubten.

Um ihre große Resonanz zu verstehen, ist es notwendig, sich den Kontext der rassistisch geprägten «Integrationsdebatte» vor Augen zu führen. Seit beinahe eineinhalb Jahren hat Thilo Sarrazin eine mediale Omnipräsenz, die sich allein durch seinen Status als «provokatives» Mitglied des politischen Establishments nicht erklären lässt. Seine Thesen wirken innerhalb einer breiteren «Integrationsdebatte». Diese ist Ausdruck einer Suche der weißen Mehrheitsgesellschaft nach Selbstvergewisserung. In krisenhaften Zeiten soll dies durch die stereotypisierende Ausgrenzung Anderer gelingen. Die Debatte um Sarrazin begann im September 2009 mit einem Interview in der Kulturzeitschrift *Lettre International*. In dem Interview attackierte der Bundesbanker MigrantInnen und die «deutsche Unterschicht» in einer Radikalität, die außerhalb des rechtsextremen Milieus kaum anzutreffen ist. Bemerkenswert an Sarrazins Äußerungen über «Kopftuchmädchen» und «Türken und Araber» ohne «produktive Funktion» sind nicht nur die Stereotypisierung und Abwertung, die in ihnen enthalten sind. Bemerkenswert sind vor allem die biologistische Begründung und der Ruf nach Maßnahmen, um die Reproduktion «unproduktiver» Bevölkerungsgruppen einzuschränken. Das Interview führte zu einer Debatte, in deren Verlauf Sarrazins Äußerungen sowohl heftige Kritik als auch viel Zustimmung ernteten. Sarrazin selbst spielte sich durch Interviews, Talkshow-Auftritte und neue «Provokationen», etwa zur Erbllichkeit von Intelligenz oder dem «Juden-Gen», immer wieder in den Mittelpunkt dieser Diskussionen. Sein im August 2010 veröffentlichtes Buch «Deutschland schafft sich ab» wurde dann auch zum Bestseller.

Die große Resonanz auf die Debatte erklärt sich zu einem Teil daraus, dass sich Sarrazin als (ehemaliger) Bundesbankvorstand sowie früherer Berliner SPD-Finanzsenator medial zu inszenieren weiß. Vor allem aber bedient Sarrazin mit seinen Thesen einen hegemonialen Diskurs. Dies zeigt sich etwa daran, wie seine Aussagen in den

Medien diskutiert wurden. Zwar wurden ihre biologistischen Spitzen kritisiert, insgesamt aber fügten sie sich problemlos in eine rassistisch geprägte «Integrationsdebatte». Der Begriff der political correctness spielte dabei eine Schlüsselrolle. Er ermöglichte es AutorInnen, sich dem rassistischen Tenor Sarrazins anzuschließen, ohne sich direkt zu seinen Aussagen zu bekennen. Der Tagesspiegel etwa feierte Sarrazin schon im Dezember 2009 als «Tabubrecher», der die «schweigende Mehrheit» vertritt und «Wahrheiten» ausspricht, die «politisch nicht korrekt und darum treffend sind».

Im Fokus dieser rassistisch geprägten Diskussionen über Migration, kulturelle Differenz und «Integration» steht die Gruppe der «Türken und Araber». Kultur, Religion oder Herkunft müssen willkürlich als Gründe für zugeschriebene Charakteristika oder Verhaltensweisen herhalten. Dieser Diskurs konstruiert prototypische «Türken und Araber», die für das «Scheitern der Integration» verantwortlich seien. Neben einer rassistischen hat dieses Bild auch eine geschlechtliche Dimension. Dem Stereotyp des kriminellen, gewalttätigen «Einwanderersohns» steht das unterdrückte «Kopftuchmädchen» gegenüber. Beiden wird eine «rückständige» Kultur und Religion zugeschrieben, die nicht in die «Moderne» – in dieser Debatte ein Synonym für die deutsche Mehrheitsgesellschaft – passen würde. Mit Hilfe einer Gleichsetzung von Herkunft oder Nationalität («Türken und Araber»), Religion (Islam) und Kultur (islamisch, «orientalisch», «archaisch») wird eine heterogene Gruppe von Menschen zu einer Einheit mit spezifischen Eigenschaften zusammengefasst. Diese konstruierte Gruppe bildet das konstitutive Andere, demgegenüber sich die weiße Mehrheitsgesellschaft als säkular oder christlich, modern und aufgeklärt imaginieren kann. Indem sie sich ein rückständiges Gegenüber der «Türken und Araber» erschafft, vergewissert sie sich ihrer eigenen – überlegenen – Identität. Die «Integrationsdebatte» erzwingt Anpassung und grenzt zugleich aus – und bietet Legitimation für institutionellen und alltäglichen Rassismus. Dies ist der Kontext, in dem Thilo Sarrazins Thesen wirken.

MORITZ ALTENRIED IST PROMOTIONSSTIPENDIAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

HANNAH SCHULTES

LIBERALE VERSTRICKUNGEN

AUCH BEITRÄGE IN MEDIEN WIE TAZ UND SÜDDEUTSCHE VERSTÄRKEN AUSGRENZUNG

Die Kritik an Sarrazin und an Bildern wie «Integrationsverweigerer» und «deutsche Leitkultur» bleibt auch in links-liberalen Blättern unscharf. Denn sie arbeiten mit den gleichen Vorannahmen wie die BefürworterInnen der Sarrazinschen Thesen.

Ein Beispiel für ausgrenzende Äußerungen in den Medien ist ein Artikel in einer Sonderausgabe der «tageszeitung» (taz) zur Integrationsdebatte von Anfang Dezember 2010. Unter dem Titel «Linke Lebenslügen» beklagte der Medien- und Kommunikationsforscher Norbert Bolz «Multikulti-Kult» und eine «Anti-Assimilationspolitik».

Zudem zählte er drei «dogmatische Mythen» auf, die Fortschritte in der Integrationsdebatte seiner Ansicht nach verhinderten: die «Mythen» der Ausländerfeindlichkeit, des Multikulturalismus und der Unmenschlichkeit des ökonomischen Arguments. Bolz forderte, man solle sich von diesen Vorstellungen verabschieden und Migration endlich unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutieren. Eigenartig ist einerseits, dass ein solcher Beitrag überhaupt in einer Zeitung wie der taz erscheinen konnte. Bolz' Wortwahl ist propagandistisch und von Ressentiments durchtränkt. Zum anderen: Die

angeblichen Mythen, an denen sich der Autor abarbeitet, entpuppen sich als Popanz – zumindest beim Blick in die meinungsführenden Medien. Antirassistisch? Antiassimilatorisch? Nicht-ökonomisch? Davon war zum Beispiel die liberale Süddeutsche Zeitung (SZ) in der «Sarrazin-Debatte» weit entfernt. Sarrazin spreche «die Ängste des Bildungsbürgertums» an, stellte das Blatt im September fest. Nicht die Angst vor Rassismus war gemeint, sondern die Angst vor «dem Fremden». Damit war zugleich das «Bildungsbürgertum» als nicht-migrantisch markiert. Klaus von Dohnanyi durfte sich an gleicher Stelle entrüsten: «Hier soll das alles falsch sein? Alles (rassistisch)?» Wenig später fand sich in der Süddeutschen folgender Satz: «Wer nach Deutschland kommt, wird sich deutlich stärker an die hiesige Gesellschaft anpassen müssen, als die etablierte Gesellschaft an die Einwanderer». Auch mit dem dritten «Mythos» – der Ablehnung, Menschen nach ökonomischer «Nützlichkeit» zu bewerten – ist es nicht weit her. Ende Oktober plädierte die SZ im Zuge der Debatte um Fachkräftemangel für die Einwanderung ausländischer AkademikerInnen mit der Begründung, «[k]ulturelle Abschottung, Armut und Arbeitslosigkeit» gebe es hauptsächlich unter den ehemaligen «Gastarbeitern und ihren Kindern oder unter Menschen, die als Asylsuchende gekommen sind».

Norbert Bolz kann also aufatmen – seine Ideen spiegeln sich bereits in der Berichterstattung wider. Diskursive Grundlage sind gemeinsame Vorannahmen, auf die selbst differenzierte Artikel rekurren: Etwa die Einteilung in «Wir»- und «Sie»-Gruppen nach den Kriterien deutscher und nicht-deutscher Herkunft. Zuschreibungen wie «Menschen mit Migrationshintergrund» oder «Ausländer» wirken bereits an sich ausgrenzend, da sie uneindeutige und hybride Identi-

tätskonstruktionen ignorieren. In einem zweiten Schritt werden die «Anderen» stereotypisiert und das «Eigene» aufgewertet. Neben Stereotypen wie Bildungsferne, Frauenunterdrückung und Islamismus dominieren in der Integrationsdebatte besonders die Begriffe der Parallelgesellschaft und der Integrationsverweigerer. Letztere sind das offensichtlichste Beispiel dafür, wie die weiße Mehrheitsgesellschaft die «Anderen» zuerst durch Homogenisierung konstruiert und sie dann mit Konzepten wie «Integrierbarkeit» für defizitär erklärt. In logischer Konsequenz besteht die letzte gemeinsame Vorannahme in der Notwendigkeit einer Kontrolle und Disziplinierung der «Anderen». Ob «Sprachkenntnis, Bildung und Integrationsbereitschaft» oder die «Achtung der Grundrechte» und «Grundwerte», Leistungsbereitschaft und Loslösung von einer «Gastarbeiter-Mentalität» – diese Beispiele, wiederum aus der SZ, zeigen: Stets stehen die vermeintlichen Defizite der MigrantInnen im Vordergrund. Kampf gegen Rassismus bedeutet daher immer auch Kritik der hegemonialen Lesart – auch an der Medienberichterstattung.

HANNAH SCHULTES IST MITGLIED DER DISKURSWERKSTATT DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG (DISS)

DAS DISS widmet sich der diskursanalytischen Aufarbeitung gesellschaftspolitischer Themen, vorwiegend durch die Untersuchung von Medien, Politik und Alltag. Ein Schwerpunkt ist Rassismus und Einwanderung. Das Jahreskolloquium 2010 unter dem Titel «Im Griff der Medien? Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte» ist dokumentiert unter <http://www.disskursiv.de>.

ROBERT CLAUS/ESTHER LEHNERT/YVES MÜLLER

PATRIARCHALE PFRÜNDE

RECHTSPOPULISTEN GERIEREN SICH GERNE ALS VERTRETER DES «KLEINEN MANNES»

Zur Abgeordnetenhauswahl im September 2011 in Berlin buhlen auch rechtspopulistische Parteien mit antimuslimischer Hetze um Stimmen. Erstmals stellen sich der Berliner Ableger der selbsternannten «Bürgerbewegung Pro Deutschland» und das CDU-Spaltprodukt «Die Freiheit» zur Wahl.

Ist das Abgrenzungsbemühen der demokratischen Parteien in punkto Rassismus wenigstens ambivalent, so scheint die Auseinandersetzung mit anderen inhaltlichen Schwerpunkten des Rechtspopulismus gar nicht auf der Agenda zu stehen. Kategorien wie Sexualität, Familie, Geschlecht bestimmen jedoch das Wertefundament rechtspopulistischer Parteien entscheidend. Gerade rechtspopulistische Parteien verstehen es, sich als Vertreterinnen des «kleinen Mannes» zu inszenieren. Beim «weißen», nicht zuletzt durch den «bösen» Feminismus verunsicherten, Mittelschichts-Familienvater rechnet man sich realistische Chancen aus.

Hier finden wir eine sich hegemonial gerierende Bürger-Männlichkeit vor, die um ihre patriarchalen Pfründe fürchtet und jegliche Pluralisierungs- und Modernisierungseffekte im Geschlechterverhältnis als Bedrohung ihrer Vormachtstellung wahrnimmt. Schließlich scheint die «Krise» virulent: Während nämlich ein christlicher Vater ins Gefängnis wandert, weil er seine Tochter nicht zum Sexualkundeunterricht schicken mochte, gäbe es eine «besondere Berück-

sichtigung des Ramadans für muslimische Schüler», moniert der «Pro NRW»-Vorsitzende Markus Beisicht. Überhaupt scheint neben der Betonung von «Aufklärung» und «Freiheit» das Wirken in «christlich-abendländischem Geist» im deutschen Rechtspopulismus zentral. Dabei ist dies nicht einfach antimuslimischer Reflex, sondern oft genug Ausdruck eines christlichen Fundamentalismus, der Berührungspunkte bis in die «Mitte der Gesellschaft» bietet. «Pro Köln» unterhält einen «Arbeitskreis Christen», der der CDU ihre Teilnahme «an dem alljährlichen Umzug von und für Homosexuelle und politisch Korrekte durch die Kölner Innenstadt, genannt «CSD» übel nimmt. Bei «Die Freiheit» setzt man sich «für den Schutz des ungeborenen Lebens» ein und fände «einen kinderabhängigen Ren-

DIE AUTORINNEN haben bei Dietz Berlin den Texte-Band 68 «Was ein rechter Mann ist...» Männlichkeiten im Rechtsextremismus» herausgegeben. Er enthält Beiträge von 17 AutorInnen. Kostenloser Download unter www.rosalux.de/publication/37014/was-ein-rechter-mann-ist.html. Weitere Hintergründe zu den rechtspopulistischen Bewegungen vor allem in Berlin bietet der Internetblog <http://rechtspopulismusstoppen.blogspot.de/>.

tenzuschlag für Eltern» eine tolle Idee. Die Konstruktion einer heilen bürgerlichen Familie mit klaren und zumeist biologistisch begründeten Rollenaufteilungen, bei der an der Hauptnährerfunktion des Mannes nicht gerüttelt wird, stellt hierfür die Basis dar.

Dabei wollen die meist männlichen rechtspopulistischen Meinungsmacher nicht und niemals in bloße Parteipolitik verfallen. Sie mögen ebenso wenig demokratische «Parteibonzen» wie rechtsextreme «Polit-Soldaten» sein. Ihr Gestus ist ein anderer: «Ich steh' also hier nicht als Funktionsträger von der CDU. Deshalb zieh' ich jetzt auch am besten meine Politikerkluft aus, um das auch hier bisschen bildlich darzulegen», rief «Freiheit»-Mitgründer Marc Doll auf einer Kundgebung für den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, zog sein Sakko aus und fügte an: «Ich steh' hier als einfacher Bürger, als einfacher besorgter Bürger. Besorgt, so wie ihr es auch seid.» Bei

der Pressekonferenz anlässlich der Gründung der Partei «Die Freiheit» im September 2010 in Berlin entblößte er sich – Wiederholung macht anschaulich – ein zweites Mal. So bedürfen die rechtspopulistischen Parteien des bürgerlich-männlichen Habitus', ob sie sich nun «Bürgerrechtspartei» («Die Freiheit») oder «Bürgerbewegung» («Pro Deutschland») nennen. Hinter den Phrasen von «mehr Freiheit und Demokratie», so der Untertitel der Partei «Die Freiheit», verbirgt sich ein heterogenes Meinungsspektrum, das man oftmals nicht ohne weiteres in die «rechte Ecke» drücken kann, ohne sich mit den Inhalten, mit Nuancen und Widersprüchen, auseinandergesetzt zu haben.

ROBERT CLAUS IST GENDERFORSCHER. ESTHER LEHNERT GEHÖRT DEM FRAUFORSCHUNGSNETZWERK «FRAUEN UND RECHTSEXTREMISMUS» AN. YVES MÜLLER IST MITARBEITER DES VEREINS FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR IN BERLIN (VDK)

«ES REGIERT DIE LÜGE»

PETRA PAU ZUR SARRAZIN-DEBATTE UND ÜBER DIE GEFAHREN FÜR DIE DEMOKRATIE

Petra Pau (47) ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und hat seit 1998 vier Mal ein Direktmandat für PDS und LINKE errungen. Sie ist diplomierte Gesellschaftswissenschaftlerin.

Haben Sarrazins umstrittene Thesen das politische Klima in Deutschland verändert?

Pau: Sarrazin hat mit seinen Provokationen geweckt, was in Teilen der Bevölkerung ohnehin schlummert. Wer einschlägige Langzeit-Studien kennt, zum Beispiel die über «Deutsche Zustände» von der Uni Bielefeld, wundert das nicht. Bedenklicher finde ich den Verlauf der «Sarrazin-Debatte». Stufe 1: Zwei Wochen lang umwarben ihn nahezu alle großen Medien: «BILD», der «Spiegel», die Öffentlich-Rechtlichen. Stufe 2: Es folgten erste kritische Reflexe, zum Beispiel im «Stern». Stufe 3: Die regierende Politik stellt sich de facto an Sarrazins Seite mit einer erneuten Debatte über eine vermeintliche deutsche Leitkultur, über nützliche und schädliche Menschen. Kurzum: Sarrazin ist nicht das Problem.

Welche Aufgaben haben Staat und Zivilgesellschaft bei der Eindämmung menschenfeindlicher Ressentiments?

Pau: In der Zivilgesellschaft, letztlich nur da, entscheidet sich, welche Normen gelten, ob Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus geächtet werden. Der Staat kann dies befördern, ignorieren, behindern. Ich kenne sehr viele, die sich für Demokratie und Toleranz engagieren. Werte, die im Grundgesetz verankert wurden, in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stehen, die man in der Bibel, im Koran, in der Tora oder bei Marx lesen kann. Oder in Sonntagsreden der Regierung. Nur: Zwischen Sonntag und Alltag, zwischen Wort und Tat regiert die Lüge.

Wie beurteilst du das aktuelle Agieren der Bundesregierung?

Pau: «Schwarz-Gelb» hat einen Feldzug gegen vermeintliche Linksextremisten eröffnet. Das mag erz-konservative Herzen in der CDU/CSU erfreuen, hat aber mit dem wahren Leben nichts zu tun. Noch schlimmer sind zwei andere Entwicklungen. «Die Politik» verkauft sich zunehmend an globale Finanz-Hasardeure. So geht Demokratie zum Teufel. Hinzu kommt: Anfang der 1990er Jahre gab es einen «Zukunftsbericht der Freistaaten Bayern und Sachsen», unterschrieben von Stoiber und Biedenkopf. Die Kernbotschaft hieß:

Wenn Deutschland global stark werden will, müsse ein Drittel der Bevölkerung systematisch verarmt werden. Inzwischen ist ein Drittel der Bevölkerung arm. Die Mittelschicht schwindet und die Oberschicht, so neueste alarmierende Befunde, neigt zunehmend zu sozial-darwinistischen Einstellungen. Das alles bietet einen gefährlichen Nährboden für rechte Extreme.

Wo siehst du die Aufgaben der Partei DIE LINKE?

Pau: Das Primat der Politik gegenüber der Finanz-Welt muss zurück erkämpft werden. Das ist eine Mammut-Aufgabe. Zugleich: Ich bin nun zwölf Jahre in der Bundespolitik unterwegs und überzeugt: Die Demokratie-Frage und die soziale Frage sind entweder eineiige Zwillinge oder tot. Beim Kampf um Soziales gibt es grundsätzlich eine Einigkeit. Leider weigern sich noch immer Teile der Linkspartei, sich genauso prinzipiell als Bürgerrechtspartei zu definieren.

Was kann oder muss auf kommunaler Ebene getan werden?

Pau: Was kann auf kommunaler Ebene überhaupt noch getan werden? Gemeinden und Städte werden finanziell ausgeblutet und damit entmündigt. Dagegen müssen sie aufbegehren, auch die Länder. Das enthebt sie aber nicht ihrer zivil-gesellschaftlichen Verantwortung, gegen Nazis vorzugehen, wenn diese Fußball-Vereine, Jugend-Klubs, Freiwillige Feuerwehren, den öffentlichen Raum überhaupt vereinnahmen wollen. Dagegen helfen nur breiteste gesellschaftliche Bündnisse. Bundesfamilienministerin Schröder versucht sie gerade mit ihrer dümmlichen Extremismus-Theorie auseinander zu treiben.

DIE FRAGEN STELLTE AXEL KRUMREY



Petra Pau

MITTE MIT RECHTSDRALL

CHAUVINISTISCHE EINSTELLUNGEN NEHMEN IN ALLEN GESELLSCHAFTSSCHICHTEN ZU

Im Zentrum gesellschaftlicher Debatten stehen häufig rechte Skinheads oder (männliche) ostdeutsche Jugendliche mit schlechten Zukunftsperspektiven, kurz: «ExtremistInnen». Die Mitte der Gesellschaft erscheint umgekehrt als Hort der Demokratie, wo Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus keine Rolle spielen.

Doch dieses Bild ist falsch. Auch die Neujustierung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus unter Familienministerin Kristina Schröder (CDU) folgt dieser Logik. Rechte Gewalt und (neo-)nazistisches Gedankengut wird mit «Linksextremismus» und «Formen von Ausländerextremismus» gleichgesetzt. Mit dieser Gleichsetzung wird nicht nur der Rechtsextremismus verharmlost. Ganz nebenbei wird suggeriert, es gäbe links wie rechts ExtremistInnen, und in der Mitte sei alles demokratisch und in Ordnung. Die Studie «Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010» der Friedrich-Ebert-Stiftung (<http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>) hat dagegen zum wiederholten Male festgestellt, dass dies keineswegs der Fall ist. Sie untersucht die Zustimmung der Bevölkerung zu rechtsextremen Einstellungen und unterscheidet dabei sechs Dimensionen: Zustimmung zu einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Der Aussage «Wir sollten einen starken Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert» stimmten 13,2 Prozent der Deutschen zu, weitere 15,9 Prozent äußerten sich mit «teils/teils». Ein knappes Drittel der Deutschen fordert zudem «Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland». Noch weiter verbreitet sind ausländerfeindliche Einstellungen, so dass man Ausländerfeindlichkeit durchaus als «Einstiegsdroge» zu einer rechtsextremen Einstellung bezeichnen kann. 30,8 Prozent der Westdeutschen und 47,6 Prozent der Ostdeutschen sind der Meinung: «Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.» Nur 34,3 Prozent der Deutschen insgesamt lehnen diese Aussage explizit ab. Ebenso hoch ist die Zustimmung zu den Aussagen «Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken» und «Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet».

Auch antisemitische Ansichten sind weit verbreitet. Die Aussage «Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen» befürworteten 14,8 Prozent der Befragten. Die Zustimmung ist in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. Sozialdarwinistischen Aussagen stimmen ebenfalls durchgehend viele Personen zu. So sind 15,2 Prozent der Befragten mit der Aussage «Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen» einverstanden. Dieser Wert ist im Osten signifikant höher als im Westen. Immerhin 10,7 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu «Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen». Auch die Verharmlosung des Nationalsozialismus ist also keineswegs eine Randerscheinung. Allerdings ist die Zustimmung zu NS-verharmlosenden Aussagen im Osten niedriger als im Westen. Interessant ist eine Be-

trachtung rechtsextremer Einstellungen im Zeitverlauf: Nachdem sich seit 2002 zumindest teilweise positive Entwicklungen beobachten ließen, sind die Zustimmungswerte in der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder gestiegen. Woher kommen rechtsextreme Einstellungen? Die Einflussfaktoren sind vielschichtig, unter anderem spielen autoritäre Erziehungserfahrungen und Bildung eine große Rolle. Auch Deprivationserfahrungen wirken sich aus: Wer sich politisch außen vor gelassen und in seiner sozialen Umgebung nicht akzeptiert fühlt, neigt eher zu einer rechtsextremen Einstellung.

Bei der wirtschaftlichen Deprivation ist die Sache komplizierter. Es gibt für Gesamtdeutschland kaum einen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage oder dem eigenen Einkommen und einer rechtsextremen Einstellung. Allerdings bewerten die Menschen auch die gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Lage, und hier zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang. Wer die gesamtdeutsche Lage als schlechter beurteilt, neigt eher zu einer rechtsextremen Einstellung. Eine mögliche Erklärung wäre, dass sich die (West-)Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend mit dem Wirtschaftswunder BRD, einer starken D-Mark und einer soliden Volkswirtschaft identifiziert haben. In der Krise – damit ist nicht nur die Finanzkrise 2008/9, sondern eine schon länger währende Krise des westlichen Wohlfahrtssystems gemeint – wird diese Identifikation enttäuscht und es kommt zu einer autoritären Reaktion. In der Studie wird dafür der Begriff der «narzisstischen Plombe» benutzt. Für eine solche autoritäre Reaktion ist vor allem die wirtschaftliche und politische Mitte anfällig, weshalb gerade sie in der Krise zu einer Gefahr für die Demokratie werden könnte.

Wenn rechtsextreme Einstellungen nicht dadurch erklärt werden können, dass ihre TrägerInnen eine Position am Rand der Gesellschaft einnehmen, so überrascht es nicht, dass sich die Zustimmung zu ihr durch alle gesellschaftlichen Schichten zieht. Rechtsextreme Einstellungen sind bei Mitgliedern der beiden großen christlichen Konfessionen ebenso weit verbreitet wie unter Gewerkschaftsmitgliedern. Auch unter den Parteien fallen die Unterschiede nicht sehr hoch aus. AnhängerInnen der SPD, der CDU aber auch der LINKEN haben in etwa gleich häufig eine rechtsextreme Einstellung.

Die hohen Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen zeigen: Beim Rechtsextremismus haben wir es nicht mit einem Randphänomen zu tun. Gerade konservative PolitikerInnen wollen das aber nicht gerne hören, denn das hieße, den eigenen WählerInnen auf die Füße zu treten und im eigenen Ortsverband Unruhe zu stiften. Außerdem benutzen PolitikerInnen – auch in der LINKEN und der SPD – immer wieder rechtspopulistische Parolen, um sich als VerteidigerInnen der Interessen der deutschen Mitte zu gerieren. Kommt dann noch die irreführende Gleichsetzung von Linksextremismus und Rechtsextremismus hinzu, die die Arbeit gegen rechte Gewalt unter Generalverdacht stellt, wird ein erfolgreicher Einsatz gegen rechtes Gedankengut massiv erschwert.

JOHANNES KIESS IST POLITOLOGE IN LEIPZIG UND MITAUTOR DER STUDIE «DIE MITTE IN DER KRISE»



Nazmi Shala, 20 Jahre. Plemetina/Kosovo



Osman Mesic, 16 Jahre. Berlin

BERNARD SCHMID

LE PEN GEGEN MUSLIME

FRANKREICH: FRONT NATIONAL-CHEFIN RUFT ZUM KAMPF GEGEN DEN ISLAM AUF

Vor gut einem Jahr beerbte Marine Le Pen ihren Vater Jean-Marie als Parteivorsitzende des Front National (FN) in Frankreich. In einer TV-Sendung im Dezember gab die 42-Jährige einen Ausblick darauf, in welche Richtung sich die französische extreme Rechte unter ihrer Führung entwickeln könnte.

Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen stand die angebliche Bedrohung Frankreichs durch den Islam. Die Sendung am 9. Dezember 2010 war ein echter Publikumserfolg. Mit 3,4 Millionen ZuschauerInnen erzielte sie eine Rekord-Einschaltquote. Im Laufe der Sendung definierte Marine Le Pen ihren Standpunkt dergestalt, dass sie und ihre Partei «nicht links und nicht rechts» seien, sondern «populistisch». Zuvor hatte der TV-Journalist und Politologe Alain Duhamel die Politikerin mit Nachfragen ein wenig in Bedrängnis gebracht: Wenn sie von ihrer Partei behauptete, diese sei nicht rechtsextrem, wer stünde denn dann «noch rechts von ihr»? Darauf wusste Marine Le Pen zunächst keine Antwort. Ein paar Sekunden lang brachte die sonst so redegewandte Anwältin nur wiederholt ein «Äh» hervor. Die oben zitierte Selbstdefinition verhalf ihr dann aber zu einem Ausweg: Da der Front National gar nicht «rechts» stehe, könne auch niemand im Verhältnis zu ihm «noch weiter rechts» verortet werden.

Die Tochter und Nachfolgerin von Jean-Marie Le Pen hat rhetorisches und taktisches Geschick. Und sie kommt an. Mehr als ein Viertel der FranzöslInnen bekundet Sympathien für sie, bei den jüngsten Umfragen für die Präsidentschaftswahl 2012 lag sie mit 24 Prozent vor allen anderen KandidatInnen. Unter ihrer Führung könnte ein neues Kapital in der Geschichte der extremen Rechten

Frankreichs beginnen. Um den Wandel, der sich rechts außen abzeichnet, einzuordnen, lohnt ein Blick auf die Geschichte des FN. In den 39 Jahren, die er Parteivorsitzender war, hat Jean-Marie Le Pen drei Neuerungen für die extreme Rechte Frankreichs gebracht. Erstens hat er es geschafft, ihre sehr unterschiedlichen, seit langem in der Gesellschaft existierenden, ideologischen Strömungen zu bündeln und ihnen ein gemeinsames organisatorisches Dach zu geben: katholische FundamentalistInnen und anti-christliche Neuheiden (denen zufolge das Christentum ein «von einer semitischen Wüstenreligion abstammender» Fremdkörper in der «europäischen Zivilisation» ist), explizite GegnerInnen der französischen Revolution von 1789 und MonarchistInnen ebenso wie Nationalrevolutionäre, KolonialnostalgikerInnen und TheoretikerInnen eines angeblichen «Befreiungsnationalismus der Völker». Aus diesem Konglomerat schaffte er, auf Grundlage gemeinsamer Programmsätze, eine ideologische Synthese. Im Mittelpunkt steht die Bewahrung der «eigenen französischen Identität» – über deren angebliches Wesen man ansonsten völlig uneinig ist – und die Stimmungsmache gegen «Überfremdung». Die zuvor getrennten rechten Rinnsale führte Jean-Marie Le Pen in den siebziger Jahren zunächst zu einem Bach zusammen. Unter den dafür günstigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen wurde daraus in den achtziger und neunziger Jahren dann ein Fluss.

Zweitens war Jean-Marie Le Pen stets von der Angst besessen, das einmal Errungene könne ihm wieder aus den Händen gleiten, das konservativ-bürgerliche Lager könne wesentliche Kräfte seiner Partei aufzusaugen und «neutralisieren». «Halbherzige, Waschlappen

und Verräter», so fürchtete er, würden bei passender Gelegenheit überlaufen. Die Scheidelinie zwischen bürgerlich-konservativen und liberalen Kräften und solchen aus faschistischer sowie konterrevolutionär-reaktionärer Tradition ist in Frankreich aber, historisch jedenfalls, ziemlich scharf gezogen. Zwischen beiden Lagern liegt der Bruch von 1789, aber auch jener zwischen AnhängerInnen der Kollaboration mit den Nazis und den Gaullisten (denen von 1944). Nicht zuletzt trennt sie der Vorwurf des «Verrats» an die Adresse von Ex-Präsident Charles de Gaulle. Dieser hatte 1962 aufgrund realpolitischer Einsicht letztlich – trotz gegenteiliger Versprechungen bei seinem Machtantritt vier Jahre zuvor – die Kolonien und insbesondere Algerien geräumt – oder «aufgegeben», wie die AnhängerInnen der extremen Rechten meinen.

Um den von ihm geschmiedeten politischen Block zusammenzuschweißen, nutzte Jean-Marie Le Pen seit den achtziger Jahren das Mittel des kalkulierten Skandals, etwa durch antisemitische Aussprüche. Die sollten unter anderem dafür sorgen, dass die «Weichlinge» den Abgang machten und zur bürgerlichen Rechten überliefen. Drittens nutzte Le Pen die historischen Gelegenheiten, um seine Partei als vermeintlich «revolutionäre» Kraft zu profilieren. Auf diese Weise hoffte er jene anzuziehen, die mit der Gesellschaft insgesamt unzufrieden waren. Große Hoffnungen setzte er und setzten die ihn damals umgebenden Intellektuellen in die Umbrüche von 1989. Durch den Berliner Mauerfall und den Zusammenbruch der Sowjetunion, so hofften sie, hätten sich Sozialismus, Kommunismus und jegliche linke Alternative auf Dauer erledigt. Dies führte zu einer starken Veränderung im Auftreten des FN. War jener zuvor zumindest vordergründig überwiegend eine katholische, von mittelständischen WählerInnen geprägte Partei, rückte Le Pen nun soziale Versprechen und eine entsprechende Demagogie in den Vordergrund.

Was dürfte seine Tochter Marine Le Pen in absehbarer Zukunft an diesem Profil ändern? Sicherlich nicht den Versuch, sich als «sozial rebellische» Kraft zu profilieren. Im Gegenteil, die neue Parteivorsitzende wird sogar versuchen, dieses Image auszubauen. Aus ihrer Sicht problematisch ist jedoch die Methode, derer Jean-Marie Le Pen sich in der Vergangenheit bediente, um die von ihm gewünschte Abgrenzung von der bürgerlichen Rechten in periodischen Abständen aufzufrischen. Die bei ihrem Vater so beliebten Rückgriffe auf antisemitische oder geschichtsrevisionistische Anspielungen oder Wortspiele, die zumindest manchmal gewollte Skandale und Abwehrreaktionen provozierten, wird Marine Le Pen unterlassen. Solche Methoden lehnt sie ab; Marine Le Pen hält eine wie auch immer geartete Identifikation mit der Bilanz des historischen Faschismus und Nazismus für strategisch schädlich. Stattdessen hat sie einen neuen Feind gefunden, gegen den sich bislang

scharf voneinander getrennte Milieus zusammenscharen sollen: alte Rechtsextreme und ihre bisherigen GegnerInnen, «Abstammungsfranzosen» und zugewanderte StaatsbürgerInnen, frühere Linke und langjährige FN-AnhängerInnen. Marine Le Pen ruft zum Kampf gegen den Islam, oder – in ihren Worten – gegen die «fortschreitende Islamisierung unseres Landes» auf. In diesem «Abwehrkampf» gegen einen vermeintlich übermächtig werdenden Gegner beruft sie sich auch auf die Republik und – ein absolutes Novum für die extreme Rechte – auf «die Laizität», also das französische Verständnis der Trennung von Religion und Staat. Letztere sei durch die «Terraingewinne des Islam» akut bedroht, da es im Islam keine Trennung von Religion und Politik gebe.

Mit dieser Propaganda zielt Marine Le Pen direkt auf die Anwesenheit von EinwandererInnen aus islamisch geprägten Ländern auf französischem Boden. Die nunmehrige positiv gewendete Rede von «Republik» und «Laizität» soll helfen, neue Fronten aufzubauen und AnhängerInnen zu gewinnen, die bislang Abstand hielten. Geht es nach der neuen Parteivorsitzenden, soll die extreme Rechte nicht länger als Verteidigerin überholter Werte und reaktionärer Familienmodelle erscheinen, sondern sich den «Schutz der Frauenrechte» gegen deren angebliche Bedrohung durch muslimische ImmigrantInnen auf ihre Banner schreiben. Auch soll sie sich aus dem Schatten des historischen (und aktuellen) Antisemitismus lösen. Stattdessen richtet sich die neue antimuslimische Rhetorik nun auch an die jüdische Gemeinschaft sowie andere Bevölkerungsgruppen und Minderheiten, um sie für eine gemeinsame Frontbildung gegen die «islamische Bedrohung» zu gewinnen.

Diese Neuorientierung erlaubt der extremen Rechten auch die Annäherung an konservative oder liberale, jedenfalls «pro-westliche» bürgerliche BündnispartnerInnen, die durch den Antisemitismus allemal abgestoßen würden. Vorbild sind die entsprechenden Erfolge rechter Parteien in Dänemark, den Niederlanden oder Italien. Und so schwingt Marine Le Pen wilde Reden gegen unter freiem Himmel betende Muslime in französischen Städten und vergleicht deren Anwesenheit mit der Besetzung Frankreichs durch Nazi-Deutschland. Diese Strategie könnte sich leider als ausgesprochen erfolgreich erweisen. Marine Le Pen genießt eine außerordentliche Popularität, welche bei diesem Thema bis weit in konservative Kreise reicht. 39 Prozent der befragten Französischen und Franzosen, aber 54 Prozent der AnhängerInnen von Nicolas Sarkozys Regierungspartei UMP erklärten in ersten Umfragen ihre Zustimmung zu diesen Aussprüchen der neuen Vorsitzenden des Front National.

BERNARD SCHMID ARBEITET ALS FREIER JOURNALIST UND PUBLIZIST IN PARIS. ER IST JURIST BEI DER ANTIRASSISMUSORGANISATION MRAP UND UNTERRICHTET ARBEITSRECHT IN NANTERRE UND CERGY-PONTOISE

BILDUNG GEGEN RECHTS ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das Referat «Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit» wertet die Diskussionen zu extrem rechter Formierung, extrem rechten Parteien und zur Durchdringung der Gesellschaft mit rassistischen und unmenschlichen Ideologien aus und setzt seine Analysen in politische Bildungsangebote um. Dazu gehört ein Kursprogramm mit Bildungsmodulen für eine demokratische Kultur. Mehr dazu im Internet unter www.rosalux.de/parteien-demokratie/specials/neonazismus.html. Referent Friedrich Burschel ist telefonisch unter 030 44310-183 oder per E-Mail an burschel@rosalux.de erreichbar. Unterstützt wird von der Stiftung auch die Vernetzung antifaschistischer AkteurInnen. Ein Beispiel ist das Treffen «Manometer» im Oktober 2010 in Kassel. Ein Bericht von Julia Wiedemann findet sich unter www.rosalux.de/news/37402. Zudem schaltet sich die Stiftung mit Veröffentlichungen in laufende Debatten im Kampf gegen Rechts ein. In jüngerer Vergangenheit sind Standpunkte von Sarah Schulz, Friedrich Burschel, Rolf Gössner und Wolfgang Wippermann zur Extremismusdebatte erschienen. Sie stehen unter www.rosalux.de/parteien-demokratie/publikationen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

MORITZ BLANKE/MARCUS HAWEL

SYSTEMATISCHE WORKSHOPS

DIESES JAHR GIBT ES ZWEI FERIENAKADEMIEN FÜR DIE STIFTUNGS-STIPENDIATINNEN

Keine Veranstaltung ist dem Studienwerk so wichtig wie die Ferienakademie. Im Jahr 2011 werden wegen der gestiegenen StipendiatInnenzahl gleich zwei derartige Veranstaltungen stattfinden. Die erste Ferienakademie lief im März.

Zugleich möchte das Studienwerk zusammen mit dem AK Ferienakademie einige Neuerungen ausprobieren, vor allem bei den «systematischen Workshops», die stärker von den StipendiatInnen selbst gestaltet werden sollen. Die Ferienakademie ist die längste zusammenhängende Veranstaltung der ideellen Förderung und folgt dem Bildungsprinzip Rosa Luxemburgs, wonach die Lehrenden in den Lernprozess mit einbezogen sind. Solches Lernen findet an den Universitäten nur noch selten statt. Daher ist es umso wichtiger, dass es für die StipendiatInnen innerhalb der Stiftung Räume für das eigenständige Lernen und Lehren linker Themen gibt. Durch die anschließende Vollversammlung der StipendiatInnen erhält die Ferienakademie zudem eine zentrale Bedeutung auch für die Vernetzung untereinander und mit der Stiftung.

Einmal im Jahr kamen bisher StipendiatInnen der Stiftung für eine Woche zusammen, schulten sich weitgehend selbstorganisiert und gegenseitig in vielen kleinen Workshops zu politischen oder wissenschaftlichen Themen, diskutierten solidarisch, aber auch kontrovers und manchmal auch hitzig miteinander.

Im Jahr 2009 geriet die Ferienakademie in die Schlagzeilen der linken Presse. Die Gemüter waren erhitzt, weil sogenannte Antideutsche unter den StipendiatInnen Veranstaltungen zu Nahost planten und ReferentInnen einluden, die kaum versteckt bellizistische Positionen gegenüber dem Iran bezogen und sich zugleich sehr einseitig im Nahostkonflikt positionierten (RosaLux 2-2009). Die Kontroverse und der Protest der Mehrheit der StipendiatInnen veranlassten damals das Studienwerk, in die Selbstorganisation der Ferienakademie einzugreifen. Es rief zusammen mit dem Arbeitskreis Ferienakademie regulierende Instanzen ins Leben, die eine ausgewogene politische Bildungsarbeit gewährleisten sollen. Seitdem wird das inhaltliche Programm von einer Arbeitsgruppe aus dem AK Ferienakademie und dem Studienwerk gemeinsam zusammengetragen und inhaltlich austariert. Das hat sich bewährt. Nach den hitzigen Kontroversen 2009 ist die Ferienakademie 2010 eher ruhig und konzentriert verlaufen. Eine Menge gelungener Workshops mit neuen Akzenten und interessanten Formaten versprechen einiges für die Zukunft.

Dieses Jahr werden nun zwei Ferienakademien stattfinden, und es sind einige Neuerungen bei den «systematischen Workshops» geplant. Diese wurden erstmals vor zwei Jahren als ergänzendes Programm zu den autonomen, stipendiatischen Workshops von MitarbeiterInnen aus den verschiedenen Bereichen der Stiftung angeboten. In diesen Workshops wird ein Thema über zwei ganze Tage behandelt. So ist eine intensivere Beschäftigung mit der Materie möglich. Bisher waren StipendiatInnen nur teilweise in die Vorbereitung und Durchführung einbezogen. Das soll sich nun ändern. Der Workshop «Die Linke und der Nahostkonflikt» auf der vergangenen Ferienakademie weist diesbezüglich in die richtige Richtung. Es gelang ihm, die Debatte zu versachlichen. Eine Arbeitsgruppe

zum Workshop bestand bereits aus MitarbeiterInnen, StipendiatInnen und Ehemaligen der Stiftung. Das Bildungskonzept, das in dem Workshop getestet wurde, dient der Stiftung wiederum als Basis für ein Bildungsmodul zu Nahost, welches von den Landesstiftungen zur Ergänzung ihres Bildungsangebots abgerufen werden kann.

Um die Vernetzung zwischen den StipendiatInnen und der Stiftung zu fördern, steht bei zukünftigen systematischen Workshops die Zusammenarbeit im Vordergrund. So wurden auf der März-Ferienakademie systematische Workshops zu Rechtsextremismus, kritischer Bildung, zur Frage «Was ist heute links?», zu Rosa Luxemburg und zu Nachhaltigkeit angeboten. Das Thema Rechtsextremismus, das Friedrich Burschel anleitete, wurde auch vor dem Hintergrund gewählt, dass gerade in Brandenburg die rechtsextremistische Szene weiterhin erstarkt. Es hat uns sehr getroffen, dass ein palästinensischer Stipendiat bei der letzten Ferienakademie dieser Realität ausgesetzt war. Während eines Spaziergangs wurde er von mehreren Neonazis rassistisch beschimpft; vor einem Übergriff konnte er sich zum Glück gerade noch retten. Der Vorfall zeigt, dass wir uns für Seminare nicht wie in einen Elfenbeinturm zurückziehen können und werden. Den Themen Rechtsradikalismus und neonazistischen Ideologien der Ungleichwertigkeit kam daher auf der März-Ferienakademie im brandenburgischen Blossin eine zentrale Bedeutung zu.

Der Workshop zur kritischen Bildung, den Marcus Hawel anleitete, folgte dem Ansinnen, gemeinsam einen emanzipatorischen Bildungsbegriff zu erarbeiten. Ein solcher soll der Stiftung – insbesondere dem jüngst eingerichteten Referat für Bildungspolitik – als Arbeitsgrundlage dienen. Derzeit betreiben die herrschenden Eliten unter dem Stichwort der «unternehmerischen Wissensgesellschaft» – der Ideologie hinter den Prozessen von Bologna und Pisa – die völlige Einebnung der Bildung zur Ausbildung. Umso wichtiger

Nahost-Workshop auf der Ferienakademie 2010



ist es, einen linken, kritischen Bildungsbegriff zu revitalisieren, mit dessen Hilfe sich das Bestehende transformieren lässt.

Daran knüpft auch die Frage an, was es heute heißt, links zu sein. Dies wurde in einem weiteren systematischen Workshop behandelt, den Michael Brie koordinierte. Durch die Auseinandersetzung mit ausgewählten historischen und aktuellen Debatten sollten die TeilnehmerInnen so etwas wie eine «linke Identität» herausarbeiten. Rosa Luxemburg selbst war Thema des vierten systematischen Workshops. Ihr Leben und Wirken, ihre wichtigsten Texte vermittelte, diskutierte und kritisierte Lutz Brangsch. Last not least war Nachhaltigkeit das Thema des fünften Workshops, den Evelin Wittich und Steffen Kühne konzipierten. Die Ferienakademie befand sich also bereits quantitativ wie auch qualitativ in einem Umgestal-

tungsprozess, und man darf gespannt sein, wie sie sich weiter entwickeln wird.

Wer schon einmal für mehr als hundert Menschen ein einwöchiges Bildungsangebot aufstellen, ein kulturelles Begleitprogramm organisieren, Schlafplätze und Essensvorlieben koordinieren musste, der weiß, welcher immensen Aufwand dies bedeutet. Ohne das unermüdliche Engagement der StipendiatInnen wäre die Ferienakademie jedes Jahr aufs Neue nicht zu realisieren. Große Anerkennung gebührt daher dem AK Ferienakademie sowie der gesamten StipendiatInnenschaft.

MORITZ BLANKE KOORDINIERT DIE EHEMALIGENARBEIT IM STUDIENWERK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. MARCUS HAWEL IST REFERENT FÜR BILDUNGSPOLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

JUDITH VEY/MADELEINE SAUER

VOLLER SPANNUNG

PROMOTIONSKOLLEG DEBATTIERT VERHÄLTNISS VON DEMOKRATIE UND KAPITALISMUS

Was sind die gesellschaftspolitischen Interventionsmöglichkeiten im Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierung und kapitalistischen Strukturen? Diese Frage war der Untertitel der Tagung «Perspektiven der Demokratie» Anfang Oktober in Düsseldorf.

Die Mitglieder des Promotionskollegs der Stiftung, in dem acht StipendiatInnen rund um die Thematik «Demokratie und Kapitalismus» ihre Dissertationen verfassen, hatten zu dieser interdisziplinären Tagung geladen. Ziel war es, die Fragen, die sie seit zwei Jahren im Kolleg diskutieren, in einem größeren Rahmen zu erörtern. Neben den 13 NachwuchswissenschaftlerInnen, die in vier Panels ihre Promotionsprojekte oder andere Forschungsarbeiten vorstellten, waren auch hochkarätige RednerInnen geladen, wie Birgit Sauer, Michael K. Krätke und Alex Demirović.

Auch wenn das angestrebte ausgeglichene Geschlechterverhältnis der RednerInnen nicht erreicht werden konnte, so ist es doch gelungen, mit gezielten Einladungen das Verhältnis zu verbessern. Die Panels beschäftigten sich mit theoretischen Betrachtungen zu Demokratie und Kapitalismus, den damit zusammenhängenden Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen, den Ökonomisierungserfahrungen versus Selbstermächtigungsbemühungen in (Aus-)Bildung und Arbeitsalltag und den konkreten Handlungsperspektiven.

Auf diese Weise konnten viele Facetten des spannungsreichen Verhältnisses von Demokratie und Kapitalismus beleuchtet werden. Abstrakte Theorien wurden ebenso vorgetragen wie subjekt- und alltagsorientierte Untersuchungen und Überlegungen zur Thematik. Besonders spannend war der Versuch, die Trennung Theorie auf der einen und Praxis auf der anderen Seite aufzubrechen und miteinander zu diskutieren. Beispielsweise wurde thematisiert, wie der neoliberale Umbau der Gesellschaft die Handlungsperspektiven und die Handlungsfähigkeit in entgrenzten Arbeitsverhältnissen und in der Erwerbslosigkeit verändert. Die an die Vorträge und Panelbeiträge anschließenden Diskussionen zeichneten sich durch einen kritischen aber dennoch kollegial-solidarischen Umgang miteinander aus. Ein weiteres spannendes Diskussionsfeld war die Frage, wie die neue Politikform Governance aus einem geschlech-

terkritischen Blickwinkel sowie aus der Perspektive der kritischen Psychologie zu bewerten ist. Darüber hinaus wurde versucht, aus subjekttheoretischer Sicht wie auch aus globaler Perspektive das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus genauer zu bestimmen. Dabei wurde immer deutlicher, dass es dazu einer genaueren Bestimmung des Verhältnisses von Staatlichkeit und Demokratie bedarf. Nicht nur der gesellschaftliche Strukturzusammenhang Kapitalismus wurde kritischen Betrachtungen unterzogen, auch dem Hochwertbegriff Demokratie wurde skeptisch begegnet. Wie verhält sich die Demokratie zum Kapitalismus? Wie lässt sich Demokratie ohne Kapitalismus denken und mit dem Sozialismus zur Demokratie gelangen oder doch eher andersherum? Bei der resümierenden und zugleich ausblickenden Diskussion saßen neben den KollegiatInnen Madeleine Sauer und Oliver Schupp, Christina Kaindl und Ulrich Brand als DiskutantInnen auf dem Podium. Hier wurden besonders brennende Fragen nochmals zuge-spitzt: Wo ist der Kampf um eine andere Welt am sinnvollsten und wo fängt gesellschaftliche Veränderung überhaupt an? Auf der Ebene der «großen» Politik oder in Alltagspraxen? Oder ist diese Unterscheidung – Politik hier, Alltagshandeln da – womöglich schon eine politische?

Der Tagungsort, eine zum Tagungshotel umgebaute Jugendherberge, stellte für die kapitalismuskritischen Diskussion einen passenden und anschaulichen Ort dar, da hier die neoliberale Umstrukturierung (fast) aller gesellschaftlichen Bereiche offen zutage trat und uns auf Schritt und Tritt begleitete. Auf die Frage, wie das Innere des Käfigs, in dem wir leben, mit gestaltet werden kann oder sollte oder ob wir den Käfig lieber gleich ganz einreißen, konnte keine abschließende Antwort gefunden werden. Aber möglicherweise ist das auch aus zwei Gründen gut so: Vielleicht ist es schlichtweg ein künstlich produzierter Gegensatz, ganz nach Rosa Luxemburgs Diktum einer revolutionären Realpolitik. Und zum anderen bleiben uns auf diese Weise noch offene Fragen für eine weitere Kollegtagung. Mehr Informationen zum Kolleg finden sich online unter www.rosalux.de/studienwerk/promotionskolleg.html.

JUDITH VEY UND MADELEINE SAUER SIND PROMOTIONSSTIPENDIATINNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Mauerszene in Jerusalem, Herbst 2010. Foto: Anne Steckner

UTE BEUCK

OPTIONEN FÜR NAHOST

STREITGESPRÄCH ÜBER MÖGLICHE ZWEI-STAATEN-LÖSUNG IN ISRAEL UND PALÄSTINA

Der linke israelische Politikwissenschaftler Menachem Klein und der palästinensische Direktor der Al-Quds-Universität, Sari Nusseibeh, diskutierten in der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Chancen für eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten.

Der Streit darüber, ob eine Ein- oder eine Zweistaatenoption für die Region die bessere sei, ist bereits älter als der Nahostkonflikt an sich und wird seit Jahrzehnten mindestens genauso kontrovers, aber selten sachlich diskutiert. Daher war es angenehm, zwei Protagonisten zuzuhören, die pragmatischen Vorgehensweisen das Wort redeten – bei allen Unterschieden in ihren Vorstellungen und Meinungen.

Nach Ansicht von Menachem Klein ist die Schaffung eines einzigen Staates nicht eine Option für die Zukunft, sondern gegenwärtig die Realität. Israelis und Palästinenser lebten de facto in einem Staat, in dem eine jüdische Fast-Minderheit über eine palästinensische Fast-Mehrheit herrsche. Das eigentliche Problem beschränke sich dabei nicht auf die seit dem Jahr 1967 besetzten Gebiete, sondern betreffe auch die palästinensischen Israelis. Die entscheidende Frage war für Klein daher nicht, wie man die Besatzung beendet, sondern wie man von dem gegenwärtigen «Ethno-Sicherheitssystem» zu einer Zwei-Staaten-Lösung kommt, welche er als Notwendigkeit betrachtet: Zwar warteten die Palästinenser darauf, dass ihnen die Internationale Gemeinschaft einen Staat präsentiere, was aber nicht geschehe, währenddessen Israel den Status Quo weiter festige. Aber im Endeffekt werde das Gebiet geteilt werden müssen,

da die jüdischen Israelis ihren Staat haben und den auch weiterhin als jüdischen Staat definieren wollen. Zumal es aus seiner Sicht unrealistisch sei, zu erwarten, dass sie bereit seien, dahinter zurückzugehen.

Sari Nusseibeh hielt eine Zwei-Staaten-Lösung theoretisch durchaus für möglich. Für ihn ist ein Staat aber ohnehin kein Selbstzweck. Notwendig ist aus seiner Sicht ein politisches System, in dem alle Menschen in Gleichheit und Freiheit leben können. Ein gegebener Raum für individuelle Entwicklung sei wichtiger als ein Staat an sich. Wenn diese Rechte in einem palästinensischen Staat nicht garantiert seien, brauche es keinen palästinensischen Staat. Daher hält er eine Ein-Staat-Lösung für alle BewohnerInnen des Gebietes für die bessere Lösung, kann es aber akzeptieren, wenn die jüdischen Israelis auf einen Staat für sich, neben einem palästinensischen, bestehen. Allerdings sieht er keine reale Möglichkeit mehr, diese Idee in die Realität umzusetzen. Statt weiterhin auf einen palästinensischen Staat zu warten, der nicht kommen wird, erscheint es ihm sinnvoller, das Leben der Bevölkerung praktisch zu verbessern.

Der Ausbau von Gesundheits- und Erziehungssystemen, um den Lebensstandard der Palästinenser in Israel und außerhalb zu heben und an den der jüdischen Israelis anzugleichen, würde zudem ein künftiges Verschmelzen der beiden Seiten leichter und friedlicher gestalten. In der Tat findet die Idee der Zwei-Staaten-Lösung in einem Moment internationale Akzeptanz und wird, wenn auch zö-

gerlich, durch das israelische Establishment unterstützt, in dem ihre Umsetzung nicht mehr möglich erscheint. Inzwischen leben rund 470.000 jüdische Siedler in der Westbank, verfügen dort über eine umfassende Infrastruktur, die das Gebiet der Westbank territorial zersplittert. Dazu kommt die derzeit faktische Trennung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen. Eine Teilung des Gebietes in zwei gleichberechtigte Staaten ist unter diesen Bedingungen schwer vorstellbar. Nichtsdestotrotz wird diese Vorstellung gebetsmühlenartig von offiziellen palästinensischen, israelischen und internationalen Stellen wiederholt, allerdings ohne reale Pläne für eine mögliche Umsetzung vorzulegen.

Währenddessen zeichnet sich seit einigen Monaten eine neue Variante ab, die vor einiger Zeit noch undenkbar erschien. Angehörige der israelischen Rechten treten unabhängig von einander für eine Ein-Staat-Lösung ein, in dem der palästinensischen Bevölkerung Rechte eingeräumt werden sollen. Eine Vorstellung, die bis vor kurzem ausschließlich dem linken Spektrum zugerechnet und daher mit einiger Überraschung aufgenommen wurde. Diese legte sich

jedoch schnell, als erste Einzelheiten bekannt wurden. Der Gazastreifen mit seiner Bevölkerung von etwa 1,5 Millionen Menschen wurde bei den Überlegungen schlicht nicht mit einbezogen. In den meisten Vorstellungen werden der palästinensischen Bevölkerung zwar Menschen-, aber keine Bürgerrechte eingeräumt, da die Definition von Israel als jüdischem Staat in keinem Fall aufgegeben werden soll. Wie sich das allerdings mit dem gleichzeitigen Anspruch Israels, auch ein demokratischer Staat sein zu wollen, zusammenbringen lässt, wird nicht näher erläutert. Kritiker sehen in den Vorschlägen denn auch nichts anderes, als die Dominanz über das Land aufrechterhalten, aber gleichzeitig Israels Reputation im Ausland verbessern zu wollen. Eine nachhaltige Lösung des Konflikts scheint also weiterhin auf längere Zeit nicht in Sicht.

Die Veranstaltung mit Menachem Klein und Sari Nusseibeh ist online dokumentiert unter www.rosalux.de/documentation/41674/the-middle-east-conflict-two-states-one-solution.html.

UTE BEUCK LEITET DAS REGIONALREFERAT NAHER UND MITTLERER OSTEN, NORDAFRIKA UND TÜRKEI DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

BORIS KANZLEITER

GEGEN NATION UND KLERUS

STIFTUNG UNTERSTÜTZT EMANZIPATORISCHE PROJEKTE IN SÜDOSTEUROPA

Nach sechs Monaten Vorbereitungszeit war es im September soweit: In Belgrad wurde das 13. Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung eröffnet. Von hier aus werden in Zukunft Projekte im Südosten Europas koordiniert.

Die Stiftung will so einen Beitrag zur Stärkung linksorientierter Organisationen und sozialer Bewegungen auf dem Balkan leisten. Die Büroeröffnung startete mit einem Empfang in den neuen Räumen der Stiftung im Belgrader Innenstadtviertels Dorćol. Über hundert Menschen drängelten sich auf den 150 Quadratmetern und zwei Balkonen im siebten Stock eines Altstadthauses. Junge linke Aktivistinnen und Aktivisten, kritische Universitätsangehörige, Gewerkschaftsmitglieder, Frauenrechtlerinnen sowie Vertreterinnen und Vertreter von elf Partnerorganisationen aus Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Mazedonien und Serbien waren gekommen, um ihre hohen Erwartungen an die Stiftungsarbeit zum Ausdruck zu bringen. Nach dem feierlichen Auftakt folgte eine ganztägige Konferenz, auf der sich die Stiftung und die Partei DIE LINKE zum ersten Mal in Südosteuropa öffentlich präsentierten. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Florian Weis, der Direktor des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit Wilfried Telkämper, Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referats Osteuropa informierten die Gäste über die Arbeit der Stiftung. Anschließend kamen Vertreterinnen und Vertreter von Partnerorganisationen zu Wort und präsentierten ihre Arbeit. Das Konzept der Büroeröffnung ging auf. Beide Seiten – die Gäste aus Deutschland und aus der Region – profitierten von der Veranstaltung, die mit einer spontanen Party in einem Restaurant am Donau-Ufer beendet wurde.

Für das neue Team der Stiftung in Belgrad war die gelungene Eröffnung ein Motivationsschub. Politische Überzeugung und eine hohe Frustrationsgrenze werden allerdings auch notwendig sein, um in den kommenden Jahren eine erfolgreiche Arbeit zu leisten. Denn

fast überall in Südost Europa verfügt eine Mischung aus nationalistischen, neoliberalen und klerikal-ideologischen über eine gesellschaftliche Hegemonie. Unter diesen Bedingungen ist linksorientiertes Engagement eine große Herausforderung.

Wie kompliziert die politische Lage in der Region ist, zeigte sich Mitte Oktober – nur wenige Tage nach der Büroeröffnung – beim Versuch verschiedener Gruppen, einen «Gay-Pride» in Belgrad zu organisieren. Zwar zeigte sich ein Fortschritt zu vergangenen Jahren. Im Gegensatz zur Vergangenheit mobilisierte die Polizei dieses Jahr ein martialisches Großaufgebot, um das Demonstrationsrecht zu schützen. Der «Gay-Pride» konnte tatsächlich stattfinden. Aber die etwa 7.000 klerikal-faschistischen Hooligans, die angetreten waren, um den «Gay-Pride» zu attackieren, ließen sich kaum beeindrucken. Sie demolierten weite Teile der Innenstadt. Besonders problematisch war dabei die kaum verhüllte Unterstützung, welche die jugendlichen Rechtsextremisten von Teilen der Kirche und konservativen Politikern erhielt.

Angesichts dieser Lage ist kaum verwunderlich, dass die Stiftung in der Region verstärkt antirassistische, antinationalistische und antifaschistische Initiativen unterstützen wird. Die Partnerorganisation Alternative Kulturorganisation (AKO) in Novi Sad wird in diesem Jahr mit mehreren Veranstaltungen zur Vernetzung antifaschistischer Gruppen im ehemaligen Jugoslawien beitragen. Andere Partner in Bosnien-Herzegowina und Kroatien arbeiten mit Bildungsmaßnahmen im staatlichen Schulsystem bereits seit Jahren gegen Nationalismus und Klerikalisierung. Eine Reihe von Frauenorganisationen in Bosnien und Serbien, die von der Stiftung unterstützt werden, problematisieren patriarchale Gesellschaftsbeziehungen, die mit Nationalismus, Homophobie und Klerikalismus verbunden sind. Mehr Infos unter www.rosalux.rs/de/index.php.

BORIS KANZLEITER LEITET DAS AUSLANDSREGIONALBÜRO SÜDOSTEUROPA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN BELGRAD

PETER SCHÄFER

BLICK AUF DIE TÜRKEI

DREITEILIGE KONFERENZREIHE IN KOOPERATION MIT KAIROER FORSCHUNGSZENTRUM

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt die Debatten des ägyptischen Al Sharq-Zentrums für regionale und strategische Studien (SCRSS), um sie außerhalb der arabischen Welt zugänglich zu machen und so einen anderen Politikzugang zu ermöglichen.

«Arabische Gesellschaften und das türkische Modell», so der Titel der ersten Konferenz einer Reihe, die im Oktober 2010 an der Amerikanischen Universität von Kairo begann – gut ein Vierteljahr vor den aktuellen Umwälzungen in Nordafrika. «Der Begriff des «türkischen Modells» entstammt der Regierung von George W. Bush, als Reaktion auf den «Clash of Civilizations», sagte Ömer Taspinar von der Brookings Institution in Washington D.C. – einer unabhängigen Demokratieforschungseinrichtung. Es gehe dabei darum, den «moderaten Islam» der Türkei im Kampf gegen «islamischen Extremismus» einzusetzen, so Fuad El Said vom SCRSS.

Die Türkei spiele als «Brücke zwischen Europa und dem Nahen Osten» nicht nur in der Diskussion um dessen potenzielle EU-Mitgliedschaft eine Rolle. Vermehrt blicken auch die südlichen Nachbarn auf Ankaras Politik. In den letzten Jahren erneuerte und intensivierte die türkische Regierung ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten, Israel und dem Iran. Sie bringt sich als Vermittler zwischen lokalen Konfliktparteien ins Spiel und ist eine regionale Exportgröße. In der arabischen Welt wird die Türkei nun vor allem unter

zwei Aspekten betrachtet: Als Konkurrent im Mühen um regionalen Einfluss und, positiv, als Ausgleich zum Iran. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Stärke genießt die Türkei als Staat mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung gutes Ansehen, das politisch genutzt werden soll. Der ungeplante prominente Auftritt des türkischen Botschafters in Ägypten auf der Konferenz sprach Bände. Insgesamt jedoch unterschieden sich Islamismus- und Säkularismus-Konzepte, beispielsweise zwischen Ägypten und der Türkei zu sehr, um letzterem Land Modellcharakter zuzuschreiben, sagte Hussam Tammam von der Website islamonline.net. Während zudem in der Türkei seit 60 Jahren eine Politik der Absorbierung islamistischer Kräfte zu beobachten sei, arbeiteten die verschiedenen ägyptischen Regierungen in der Vergangenheit an deren Unterdrückung. Neben vielen arabischen Regierungen entschieden sich auch die europäischen und die der USA in der Praxis für den konfrontativen Umgang mit islamistischen Bewegungen – die Ergebnisse sind allerdings fragwürdig.

Weitere Konferenzen fanden im November zum iranischen Atomprogramm und den Folgen von Sanktionen sowie Mitte Dezember zur arabischen Regionalordnung statt.

PETER SCHÄFER LEITET DAS AUSLANDSREGIONALBÜRO PALÄSTINA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN RAMALLAH

SONJA BLASIG

RICHTFEST IN NEU-DELHI

DIE STIFTUNG MIT EINER NEUEN PRÄSENZ IN INDIEN

Im November eröffneten die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihre indische Partnerorganisation ORF (Observer Research Foundation) das gemeinsame Centre for International Cooperation. Der Aufbau des Auslandsregionalbüros in Neu-Delhi war in mehrfacher Hinsicht eine besondere Herausforderung.

Für die Registrierung ausländischer Organisationen bestehen erhebliche Hürden. Deshalb wurde bewusst eine Büropräsenz in Kooperation mit einem lokalen Partner als Übergangsoption gewählt. So kann die Stiftung einen Mitarbeiter entsenden, der den Aufbau des Büros begleitet. Nur wenige Tage vor der Eröffnung hatten die indischen Behörden die im Anschluss geplante gemeinsame Wasserkonferenz ohne Begründung abgesagt. Dies war zweifellos ein Dämpfer für die Feierlichkeiten, hier zeigte sich die harte Gangart der indischen Regierung gegenüber einheimischen und internationalen Akteuren der Zivilgesellschaft.

Zur Einweihung zerschnitten der Vize-Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Thomas Händel, und der Generalsekretär des ORF, Baljit Kapoor, einem indischen Brauch entsprechend feierlich ein Band. Der deutsche Botschafter Thomas Matussek betonte die gute Wahl des Bürostandortes an einem belebten Markt in unmittelbarer Nähe zur Jawaharlal Nehru University mit ihrer linken Tradition. Als einzige der politischen Stiftungen vor Ort sei die Stiftung damit direkt

insbesondere für junge Menschen zugänglich. Der Vizedirektor des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit der Stiftung und ehemalige Südasien-Referent, Jörg Schultz, sowie der ehemalige Botschafter der DDR in Indien und Mitinitiator der Partnerschaft mit dem ORF, Wolfgang Grabowski, blickten auf die langjährige gemeinsame Arbeit zurück und erörterten die zukünftigen Möglichkeiten im gemeinsamen Zentrum. Büroleiter Carsten Krinn war die Vorfremde auf die eigenen Büroräume anzusehen. Nach dem Umzug kann sich das neue Büroteam nun verstärkt der inhaltlichen Arbeit zuwenden. Beim Abendessen stellte Thomas Händel insbesondere das Wachstum der Auslandsarbeit der Stiftung dar. Der Vizefraktionschef der LINKEN im Bundestag, Jan van Aken, hob die Leistung bei der Fusion von PDS und WASG zu einer Partei hervor. Vor dem Hintergrund der zersplitterten linken Parteienlandschaft in Indien stieß dieser Beitrag auf besonderes Interesse.

Mit dem ORF ist die Stiftungsarbeit in Südasien auf dem Weg, ihr Profil in der Region zu schärfen, Partnerschaften zu vertiefen und neue Kooperationen anzubahnen. Ein Überblick über die Arbeit in der Region ist zu finden unter www.rosalux.de/international/regionen/sued-ost-und-suedostasien.html.

SONJA BLASIG IST PROJEKTMANAGERIN SÜDASIEN IM ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Nach dem Festakt stellte sich Stiftungs-Vorstandsvorsitzender Heinz Vietze den Fragen des Berliner Fernsehsenders ALEX TV

JULIA KILLET

GRÜSSE ZUM GEBURTSTAG

STIFTUNG FEIERT IHR 20-JÄHRIGES BESTEHEN MIT FESTAKT IN BERLIN

Rund 250 Gäste feierten Mitte November mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung das 20-jährige Bestehen der Bildungseinrichtung. Der Festakt fand an einem Ort mit Geschichte statt – im Großen Festsaal des Berliner Abgeordnetenhauses war Anfang 1919 von Rosa Luxemburg die KPD mitbegründet worden.

Zu den Geburtstagsgästen zählten WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, BotschafterInnen, GewerkschafterInnen, VertreterInnen von der Konrad-Adenauer-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung sowie AktivistInnen und Kulturschaffende aus dem linken Spektrum. Stiftungsvorstandsmitglied Christa Luft würdigte in ihrer Eröffnungsrede das Engagement der zahlreichen MitarbeiterInnen und wünschte den jüngeren unter ihnen, weiterhin aufmerksam zu bleiben. Vorstandsvorsitzender Heinz Vietze wies in seiner Rede darauf hin, dass sich die Stiftung nach einem mitunter holprigen Weg seit 1990 zu einer gleichberechtigten Akteurin im politischen Raum etabliert habe. Die Parteivorsitzende der LINKEN, Gesine Löttsch, dankte der Stiftung für ihre Arbeit: «Es ist ein Verdienst der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dass wir einen Programmentwurf haben, der die Partei eint und nicht spaltet, ein Programmentwurf, der auf der Höhe der Zeit ist und die wichtigen Fragen, die wir in der Gesellschaft zur Zeit diskutieren, benennt und Antworten versucht zu formulieren.» Mit Erinnerung und Identität beschäftigte sich der Vor-

sitzende der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi, in seiner Ansprache. Frankreich sei zugleich stolz auf Jeanne d'Arc und Napoleon – zwei Persönlichkeiten, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Die Deutschen hingegen würden es nicht hinbekommen, Bismarck und Clara Zetkin auf die gleiche Weise zu akzeptieren: «Ich wünsche mir kulturell, dass wir das überwinden.» Im Anschluss übergab Evelin Wittich, Direktorin der Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den Bildungspreis der Stiftung. Der erste Preis ging an das Projekt «Vostok-Prozess», ein internationales Forum für junge Menschen, die sich zu linken Themen mit europäischer Perspektive engagieren. Ihr jährliches Sommer-Event «Vostok-Forum» findet im nordrussischen Murmansk statt und geht auf Initiativen der AG Russland des Jugendbildungsnetzwerks der Stiftung sowie der Humanistischen Jugendbewegung Murmansk zurück. Mit dem zweiten Preis wurde das theaterpädagogische Projekt «Fundstücke» des Grips-Theaters ausgezeichnet, in dem Jugendlichen ein Gefühl für das geteilte Deutschland vermittelt wird. Zum Schluss stellte Florian Weis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, auf einem Podium fünf «Gesichter der Stiftung» vor. Dazu gehörten die Historikerin Elfriede Otto, die schon seit den 90er Jahren Mitglied der Stiftung ist, und die Arbeit stets in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung sowie

mit klarer antistalinistischer Kritik bereicherte. Die Sinologin Hilde Ettinger baute die Auslandsarbeit der Stiftung maßgeblich mit auf – zunächst ehrenamtlich, dann auf ABM-Basis und seit 1999 hauptamtlich bis zum Rentenalter. Über ein Studienstipendium, dann Promotionsstipendium und Engagement, ist Jane Angerjäv heute im Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigt. Die Germanistin Julia Killet berichtete von ihrem Engagement im Vorstand der Landesstiftung Nordrhein-Westfalen, und der Jurist Klaus Lederer zeichnete den Weg von einem Promotionsstipendiaten bei der

Stiftung zum Landesvorsitzenden der LINKEN in Berlin nach. Nach dem Festakt feierten die Gäste noch bis in die Nacht im Foyer des Festsaals weiter.

Der Komplettmitschnitt des Festakts sowie ein halbstündiger Fernsehbericht des Berliner Senders ALEX TV sind unter www.rosalux.de/politische-bildung/specials/politik-braucht-wissen/festakt-20-jahre-rls.html abrufbar.

JULIA KILLET WAR PROMOTIONSSTIPENDIATIN UND ÜBERNIMMT DEMNÄCHST DIE LEITUNG DES REGIONALBÜROS MÜNCHEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

FLORIAN WEIS

PARTNERIN FÜR ALTERNATIVEN

STIFTUNG WILL SOLIDARISCHES GESELLSCHAFTSPROJEKT VORANTREIBEN

Wichtige Ansprechpartnerin für ein alternatives Gesellschaftsprojekt, linker Diskussionsort internationaler Politik und profilierte Weiterbildungsträgerin will die Stiftung in den nächsten Jahren werden. Diese Hauptlinien für die Entwicklung bis zum Jahr 2015 beschloss die Mitgliederversammlung Mitte November in Berlin einstimmig.

Neben 47 aktiven Mitgliedern nahmen auch VertreterInnen der SprecherInnenräte der Landesstiftungen, der StipendiatInnen sowie erstmals der VertrauensdozentInnen teil. Zudem konnte ebenfalls erstmals der Betriebsratsvorsitzende der Stiftung als Gast begrüßt werden. Dem Beschluss zu den drei so genannten «Projektdächern» lag ein Antrag des Vorstandes zu Grunde, der durch die Mitgliederversammlung intensiv diskutiert wurde. Unterschiedliche Ansätze und Positionen konnten in einer ausgesprochen konstruktiven Stimmung abgewogen werden. Sie mündeten in Änderungsanträge, die weitestgehend in die Vorlage aufgenommen wurden. Zudem gelang es herauszuheben, dass «stiftungsübergreifendes Arbeiten» an die stärkere Bündelung und verbesserte Kooperation innerhalb der Stiftung gebunden ist. Außerdem ist vor allem auch die Einbindung des ehrenamtlichen Umfeldes zu systematisieren und auszubauen.

Mit den Projektdächern verbindet die Stiftung unterschiedliche Zielstellungen: Das Vorhaben «Lasst uns über Alternativen reden – Solidarität und Gerechtigkeit. Für einen demokratischen Sozialismus» soll einen konzeptionell kohärenten Beitrag im Kampf um linke Gegenhegemonie leisten. Dabei sollen die Interessen der Schwächeren in der Gesellschaft, von Beschäftigten bis hinein in die Mittelschichten sowie von sozialen, ökologischen, feministischen und gewerkschaftlichen Bewegungen berücksichtigt und zu zukunftsfähigen Politikansätzen verknüpft werden. Daneben will die Stiftung mit dem Projekt «Internationale Politik. Internationalistisch denken, lokal handeln» die Arbeit ihrer künftig 16 Auslandsregionalbüros sowie weitere internationale Dialogprojekte – etwa den Sozialforenprozess und das europäische Netzwerk Transform! – mit dem Bildungsbedarf im Inland zusammenführen. Im Projekt «Weiterbildung für Politik» sollen das bestehende Kurssystem und das Angebot an Bildungsmaterialien ausgebaut und neue Formate entwickelt werden, die sich gezielt etwa an politisch aktive Frauen, NichtakademikerInnen und potenzielle MandatsträgerInnen richten. Eine Diskussion zur Situation der LINKEN und den Konturen eines linken Projektes schloss sich an. Nach Inputbeiträgen von Gesine Löttsch und Oliver Nacht-

wey (Universität Trier) meldeten sich die Mitglieder unter anderem zu Fragen der Mediendemokratie und den Anforderungen an linke Bildungspolitik zu Wort.

Sechs Personen wurden ohne Gegenstimme in die Reihen der Mitgliederversammlung aufgenommen: Ali Al Dailami (Hessen), die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann (Brandenburg) und Jan Korte (Sachsen-Anhalt) sowie Florian Höllen (Niedersachsen), Ingrid Kurz (Hamburg) und Regina Stosch (Bayern/Berlin). Insgesamt hat die Stiftung gegenwärtig 96 aktive Mitglieder. Die Mitgliederversammlung wählte die parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion im Bundestag, Dagmar Enkelmann, zur Vize-Vorstandsvorsitzenden. Für sie stimmten gut 94 Prozent der anwesenden Mitglieder. Sie folgt auf Gesine Löttsch, die das Amt nach ihrer Wahl zur Bundesvorsitzenden der LINKEN niedergelegt hatte. In den 13-köpfigen Vorstand wurde auch der Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, gewählt. Er erzielte 74,5 Prozent der Ja-Stimmen. Ramelow rückt in das Führungsgremium für den früheren Berlinwer Kultursenator Thomas Flierl auf, der das Kulturforum der Stiftung leitet. In den wissenschaftlichen Beirat gewählt wurde der finanzpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag Axel Troost. Er ersetzt den Ökonomen Jörg Hufschmid, der im Dezember 2009 verstorben war.

FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Abstimmung auf der Mitgliederversammlung im November 2010



NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

**MANUSKRIPTE 88**

PREVENT AND TAME. PROTEST UNDER (SELF-)CONTROL
ENGL., 120 S., 9,90 EURO, ISBN 978-3-320-02246-4, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Die gängigen Analysen sozialer Bewegungen neigen dazu, Macht und Widerstand als voneinander unabhängige Größen zu behandeln. Demgegenüber ist den AutorInnen dieses Buches daran gelegen, der Verflochtenheit von Widerstand und Macht nachzugehen. Dahin zielt auch der Buchtitel «Prevent and Tame»: Den Strategien, Protesten vorzubeugen oder sie zu zähmen – egal ob sie von Seiten des Staates oder von Teilen der Bewegungen ausgehen – liegen neue soziale Verhältnisse zugrunde, die nach neuen Forschungsansätzen verlangen. Das Buch fordert dazu auf, die Komplexität der Machtbeziehungen anzuerkennen, gegen die und in denen sich soziale Bewegungen und Proteste konstituieren. Dabei wollen die AutorInnen keineswegs zur Einhegung von Protest beitragen, sondern verhindern, dass Potenziale folgenlos oder zu fragwürdigen Zielen oder gar im Kampf wider die eigenen Schatten verschwendet werden. ■■■ Mit Beiträgen von Stephen Gill, Peter Ullrich, Florian Heßdörfer, Andrej Holm, Anne Roth, Marco Tullney, Michael Shane Boyle, Darcy K. Leach, Sebastian Haunss und Nick Montgomery.

MANUSKRIPTE 89

Erhard Crome (Hrsg.)

PERSPEKTIVEN FÜR EINE SICHERE WELT.
ALTERNATIVEN ZUR NATO
228 S., BROSCHUR, 9,90 EURO, ISBN 978-3-320-02248-8,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Die zweite außenpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat im November 2009, nach dem NATO-Gipfel von Straßburg «Perspektiven einer sicheren Welt» diskutiert, die am Ende nur jenseits der NATO liegen können. Zunächst geht es um politik- und friedenswissenschaftliche sowie politische Analysen, welchen Platz die NATO in der Welt von heute einnimmt und welche Folgen sich ergeben. In einem zweiten Teil waren Analytiker der internationalen Beziehungen aus den USA, China, Russland, Brasilien und Deutschland gebeten, aus der Sicht der entsprechenden Staaten die Bedrohungsperzeptionen und Machtstrategien in der Welt von heute darzustellen. Auch hier fallen die Bewertungen recht unterschiedlich aus. In der Strategie der USA kommt dem global ausge-

legten Stützpunktsystem eine zentrale Rolle zu. In einem konservativen militärstrategischen Verständnis handelt es sich hier um ein weltweites System von «Grenzbefestigungen», von dem aus die US-Streitkräfte als «weltweite Kavallerie» eingesetzt werden – das Thema: «Das Reich und die Barbaren» scheint der geistig-moralische Fluchtpunkt zu sein. Die Befunde lassen strategisch unterschiedliche Schlussfolgerungen zu. Was sie für linke Politik bedeuten, ist ein nächster Schritt.

**LUXEMBURG – GESELLSCHAFTSANALYSE
UND LINKE PRAXIS**

Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HEFT 4/2010: «COMMONS, KOMMUNE, KOMMUNISMUS»
DEZEMBER 2010, 160 S., 10 EURO (JAHRES-ABO 30, ERMÄSSIGT 20 EURO),
ISBN 978-3-89965-853-8, VSA VERLAG HAMBURG

Commons, Kommune, Kommunismus – was verbindet sie? Ihre Tausendjahresgeburt aus dem Lateinischen, dem «communi-care». Das meint: «Gemeinsam machen», «Teilen», «Mit-teilen», «Teil-haben», die «Gemeinschaft» (Communio), das Sich-kümmern um «das Gemeinsame» (Communis) oder um das «Allgemeine» (Commun). In den Aktionen der Stuttgarter «Parkwächter» um die Bäume als kulturelle Commons, in den Kämpfen um kommunale Bürgerhaushalte und die Sicherung gemeinsam genutzter öffentlicher Angebote an Kultur und sozialen Einrichtungen durch die Kommunen oder auch in den neuen philosophisch-theoretischen Versuchen, Kommunismus neu zu denken «nicht nur in Begriffen einer Alternative zur Ausbeutung und zu verschiedenen Formen der Unterdrückung – schließlich zum Kapitalismus – sondern einer Alternative zur Alternative, wie sie geschichtlich verwirklicht wurde» (Balibar) – hier gibt es eine geschichtliche und praktisch-gegenwärtige Verknüpfung dieser auf den ersten Blick so grundsätzlich verschiedenen und im Bewusstsein der Akteure völlig zusammenhangslosen Sachverhalte. Die Luxemburg trägt Stichworte zu Kommune (Stadt), Commons und Kommunismus zusammen. Umriss einer Verbindung im Zeichen des Communen zeigen sich dabei – noch nicht mehr. Sie sind aber vielleicht eine bestandsfähige Antwort auf die große Enteignung, die der neoliberale Krisenkapitalismus jetzt vorangetrieben hat: die Antwort der gemeinsamen Aneignung und der Aneignung des Gemeinsamen. ■■■ Mit Beiträgen von Margit Mayer, Dov Khenin, Jon Liss, Gar Alperovitz, Ted Howard und Thad

Williamson, Sebastian Sladek, Christina Emmrich, Sabine Reiner, Felicitas Weck, Michail Nelken, Michael Edwards, Rainer Rilling, Sabine Nuss, Benjamin Luig, Antonio Negri und Étienne Balibar, Robert Cohen, Peter Jehle, Thomas Sablowski, Alex Demirović, Peter D. Thomas, Iris Nowak und Michael Zander.

AUS DEM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Elfriede Brüning

GEFÄHRTINNEN

PORTRÄTS VERGESSENER FRAUEN

mit einem Vorwort von Klaus Höpcke

168 SEITEN, BROSCHEUR, 9,90 EURO, ISBN 978-3-320-02242-6,

2., ERWEITERTE AUFLAGE 2010, ZUM 100. GEBURTSTAG DER AUTORIN,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Elfriede Brüning porträtiert in ihrem Buch acht Frauen. Allen war oder ist sie noch persönlich verbunden, den einen als jahrzehntelange Freundin, andere wiederum hat sie erst als erwachsene Frau kennen- und schätzengelert. Mit allen acht Frauen ist das vergangene Jahrhundert nicht sanft umgegangen. Sie haben Verfolgung und Diskriminierung, Hunger und Entbehrungen als Folge zweier Weltkriege, Zusammenbruch und Neuanfang erfahren. Sie haben sich durchgekämpft und dabei Erfolge wie auch bittere Enttäuschungen hinnehmen müssen. Es ist dieses innere Band von Hoffnung und Niederlage und doch nicht aufgegebenem Glauben an solidarisches Handeln zwischen den Menschen, das die porträtierten Frauen und Elfriede Brüning eint.

Matthias Krauß

HOCH ÜBER SUMPF UND SAND

ZWANZIG JAHRE NEU-BRANDENBURG

200 S., BROSCHEUR, 38 ABB., 16,90 EURO, ISBN 978-3-320-02237-2,

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

«Steige hoch, du roter Adler – hoch über Sumpf und Sand», schallt es um Mitternacht aus den Rundfunkkanälen Brandenburgs, die der letzte Hansbur in seinem sonst ausgestorbenen Nest mit seinem schnarrenden Stern-Radio noch empfängt. Ein Lied, das erst in der SA und dann in der Wehrmacht gern den besiegten Tschechen und anderen Völkern vorgesungen wurde und das der langjährige Ministerpräsident Manfred Stolpe zur Hymne des Bundeslandes erhob: «Heil dir mein Brandenburger Land.» Der Beschwörung vom Aufstieg des roten Adlers ist eine Bruchlandung gefolgt. Wie sieht es heute aus in Brandenburg? Erzählt wird von einem Minister, der seine Frau ermorden lassen wollte; von Fahnenmasten vor dem Potsdamer Parlament, die abgebaut wurden, weil sie 80 Zentimeter zu kurz waren; von einem Coup, mit dem das Land versuchte, Bauern um Grund und Boden zu bringen, und damit beinahe durchgekommen wäre; von Politikern, die die eigene Verfassung boykottierten; von Brandenburgs neuer Oberschicht, die nicht genug einstreichen kann, Stichwort Trennungsgeld-Affäre ... Das wohl trefendste Bild für die Verfassung, in der sich das Land befindet, bieten jedoch die Burgen der Potsdamer Ministerialbürokratie. Sie erstrahlen in Marmor, Glas und Messing – während es das Parlament, der wichtigste öffentliche Raum des Landes, es in der gleichen Zeit zur behördlich bestätigten Ruine gebracht hat. Ohne Waffen.

Jürgen Mothes

LATEINAMERIKA UND DER

«GENERALSTAB DER WELTREVOLUTION»

ZUR LATEINAMERIKA-POLITIK DER KOMINTERN

Hrsg. von Klaus Meschkat, Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Band XIV

264 S., HARDCOVER, 24,90 EURO, ISBN 978-3-320-02235-8,

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Jürgen Mothes, ein herausragender Zeithistoriker aus Leipzig, dessen Untersuchungen zur Kommunistischen Internationale und ihrer Einwirkung auf die revolutionären Bewegungen in Lateinamerika ein ganzes Forschungsfeld nachhaltig geprägt haben, starb 1996 unerwartet im Alter von fünfzig Jahren. Seine Schriften, zum Teil als Entwürfe hinterlassen, enthalten die Ergebnisse jahrzehntelanger Forschungen. Besonders beeindruckend ist das Material über verschiedene Persönlichkeiten aus der lateinamerikanischen Linken, das Mothes hier der Forschung zur Verfügung stellt. Sämtliche abgedruckten Texte beziehen sich auf die Vorgänge der Jahre 1927 bis 1932. Mothes selbst hat sie als «Schlüsseljahre» verstanden, in denen sich das Schicksal der revolutionären Bewegung im weltweiten Maßstab entschied: Der Sieg Stalins über seine letzten Widersacher hatte einschneidende und letztlich verheerende Folgen für die fortan von ihm kontrollierte kommunistische Bewegung.

Narihiko Ito, Annelies Laschitzka, Ottokar Luban (Hrsg.)

ROSA LUXEMBURG. ÖKONOMISCHE UND HISTORISCH-POLITISCHE ASPEKTE IHRES WERKES

INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-GESELLSCHAFT IN TOKIO, APRIL 2007 UND BERLIN, JANUAR 2009

238 S., BROSCHEUR, 16,90 EURO, ISBN 978-3-320-02233-4,

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Wurden bisher die wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten Rosa Luxemburgs, besonders ihre Akkumulationstheorie, vor allem in Lateinamerika und Italien rezipiert, so hat die momentane Krise deren Brisanz und Aktualität unübersehbar zu Tage gefördert. Nicht zuletzt deshalb wird in diesem Band, in dem auch historisch-politische Aspekte des Werkes von Rosa Luxemburg diskutiert werden, diesen Fragen ein breiter Raum eingeräumt. Historiker, Philosophen, Ökonomen und Politologen aus Amerika, Asien und Europa unterbreiten ihre Ansichten über das Werk und die Ideen Rosa Luxemburgs.

IMPRESSUM

ROSALUX — Das Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Erscheint vierteljährlich. Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Telefon 030 44310-130, Fax -122 heine@rosalux.de · www.rosalux.de · Redaktion: H. Adler, M. Blanke, L. Brangsch, E. Heil, H. Heine (V.i.S.d.P.), R. Hering, A. Krumrey, P. Ostholt, D. Riethmüller, M. Schütrumpf, V. Wunderlich · Redaktionelle Mitarbeit: J.-O. Arps · Redaktionsschluss: 4.3.2011 · Titelfoto: Richard Hebstreit, European People's Party, staffpresi_esj, Minister-president/Flicker [M] · Nicht gekennzeichnete Fotos: Rosa-Luxemburg-Stiftung · Layout: umbra-dor – visuelle kommunikation · Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 5.000 Stück auf 100 g Soporset, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff · Bestellungen: Karin Malingriaux, Telefon 030 44310-123, Fax -122 · malingriaux@rosalux.de · Printed in Germany, März 2011 · ISSN 1864-6794

«Beunruhigend an der Sarrazin-Debatte ist, dass sie bei den Eliten auf Zustimmung stößt und die Ideologie der Ungleichheit und Ausgrenzung verstärkt. Der Philosoph Peter Sloterdijk setzt sich für die «LeistungsträgerInnen» ein; der Soziologe Gunnar Heinsohn entwirft das Schreckbild einer überdurchschnittlichen Reproduktion der ärmeren Bevölkerungsschichten. Diese Gedanken finden sich auch in den von Sarrazin popularisierten Thesen. Eine solche Melange stößt auf Resonanz in der Politik.»

GERD WIEGEL